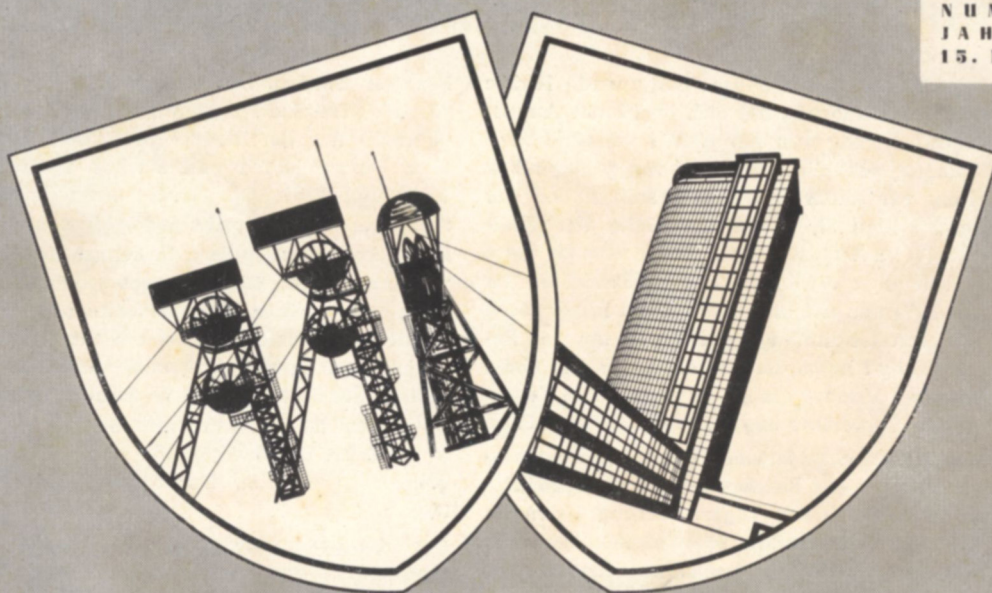


NUMMER 44
JAHRGANG 8
15. NOV. 1960



SOPHIA-JACOBA



Aus dem Betriebsgeschehen

Der im Monat Juni dieses Jahres beginnende leichte Rückgang der Förderung hat sich im Monat August mit einer Tagesförderung von nur 4317 t verstärkt fortgesetzt. Eine außergewöhnliche Häufung von geologischen Schwierigkeiten, vor allem in den Abbaubetrieben der Betriebsführerabteilung II, sowie die Höhe der Fehlschichten — 22,3% im August — sind die Ursache für diese Entwicklung. Mit dem Absinken der Fehlschichten im September auf 19% und mit besonders guten Ergebnissen in einer Reihe von Gewinnungsbetriebspunkten der Betriebsführerabteilung I nahm die Förderentwicklung einen wesentlich besseren Verlauf als im Vormonat. Die Tagesförderung stieg im September um 11,2% auf 4820 t v. F.

Der Förderanstieg kann in besonderem Maße dem Mechanisierungserfolg bei der Kohlegewinnung zugeschrieben werden; denn 51,5% der Tagesförderung fielen im September in den 5 laufenden Hobelstreben an. Die Untertageleistung mit 1299 kg/M. u. S. im August stieg im September auf 1396 kg/M. u. S.

Die Unfallstatistik August/September weist, bezogen auf 100 000 verfahrenre Schichten, für den Untertagebetrieb 122,62 bzw. 120,25 und für den Ubertagebetrieb 20,38 bzw. 41,29 Unfälle aus. Die Unfallziffer für die Gesamtanlage beträgt 98,61 bzw. 101,72 Unfälle je 100 000 verfahrenre Schichten.

Die Betriebsentwicklung nahm in den Abbaurevieren folgenden Ablauf: Der Hobelstreb Fl. Grauweck Rev. 5 wurde neu in Verhieb genommen und läuft von Beginn an mit sehr gutem Erfolg. Bei doppelschichtigem Verhieb wurden im September täglich 3,36 m Abbaufortschritt erreicht und dabei — erstmalig in einem Abbaubetriebspunkt auf Sophia Jacoba — täglich 1120 t verwertbare Förderung erzielt.

Wie erwartet lief der Abbau im Hobelstreb Fl. Rauschenwerk Rev. 6 nach 15monatiger Laufzeit an der Baugrenze aus. Gegen Monatsende August wurde dieser Streb unter ungünstigen Bedingungen ausgeraubt.

Förderausfälle ergaben sich im Hobelstreb Fl. Merl Rev. 7. Der Streb litt, wie in den Vormonaten, unter starken Wasserzuflüssen und ging am 13. Fördertag des September auf eine Länge von 35 m zu Bruch. Der Streb ist am Bruchfeld entlang neu aufgehauen worden.

Mit sehr gutem Erfolg förderte weiterhin der Hobelstreb Fl. Croat Rev. 9, dessen Flözmächtigkeit wieder auf 44 cm zurückging.

Neu in Verhieb genommen wurden im September die Rückpanzerstreben in Flöz Grauweck Rev. 10 und 11. Nach anfänglichen Schwierigkeiten haben jetzt beide Reviere ihre Sollförderung erreicht.

Zweimal fördertätig wurde der Rückpanzerstreb Rev. 12 noch bis Anfang September mit Erfolg verhauen, dann aber brachten unüberwindliche Schwierigkeiten beim täglichen Durchhörtern einer 5 m mächtigen Störung den Streb zum Erliegen. Jetzt wird der Streb 40 m eingekürzt und hinter der Störung die Bandstrecke neu angesetzt.

Der gestundete Hobelstreb Fl. Merl Rev. 13 ist im September wieder voll in Verhieb genommen worden, leidet aber immer noch unter starkem Hangendnachfall. Im Fl. Meister in der 5. Abteilung ist der Reservestreb Rev. 17 Anfang September voll in die Förderung ein-

bezogen worden. Das benachbarte Rev. 19 wurde Ende August gestundet. Dieser Streb wird bis zu einer 30 m oberhalb der Bandstrecke laufenden Überschiebung mit 2 m Verwurfshöhe und starker Wasserführung eingekürzt und durch eine Strecke oberhalb der Störungzone neu an die Förderstrecke angeschlossen.

Im Rückpanzerstreb Rev. 18 dehnte sich die Störungzone weiter aus. Der Strebpanzer wurde an einer Überschiebung mit ca. 3 m Verwurfshöhe unterteilt. Aus sicherheitlichen Rücksichten und um einen reibungslosen Betriebsablauf zu gewährleisten, wird eine Störungstrecke entlang der Störungskluft im Streb mitgeführt.

Im August ist der Schrämpanzerstreb Fl. Großbruch Rev. 20 zunächst einschichtig und dann verstärkt in Verhieb genommen worden. Der Streb förderte im September täglich 264 t v. F.

Der Rückpanzerstreb Rev. 21 wurde auf einmaligen täglichen Verhieb umgestellt, da 3 Störungen mit starkem Hangendnachfall und Verwurfshöhe bis zu 1,2 m sowie feste Kohle einen doppelten Verhieb nicht mehr zuließen.

Die Förderung aus Fl. Meister Revier 23 wurde im September durch eine 2. Förderschicht verstärkt. Der Abbaufortschritt wurde von 1,5 m auf 2,0 m erhöht.

Im Hobelstreb Fl. Rauschenwerk Rev. 25 behinderten mehrere Überschiebungen und Hangendnachfall den Abbaufortschritt während des Monats August. Um den Betrieb zu entstören, wurden 25 m des oberen steilen Strebiteils abgeworfen und eine neue Kopfstrecke parallel zur Rückbaustrecke angesetzt.

Von den Aus- und Vorrichtungsrevieren wurden aufgefahren:

	August m	September m
Gesteinsstrecken — Neuauffahrung	293	282
Gesteinsstrecken — Erweiterung	54	68
Flözstrecken	632	590
Auf- und Abhauen	312	298
Blindschächte	40	22

Schacht V:

Der Schacht erreichte im Monat Juni seine Endteufe. Anschließend wurde im Niveau der 3. Sohle (— 416 m) ein Verbindungsquerschlag zum Gesenk 2209 angesetzt. Die Auffahrung betrug bis zum 30. 9. 60 37 m.

Schacht VI:

Im Monat Juni wurden die Arbeiten für den Gefrierkeller abgeschlossen und die Montage der Gefrierloch-Bohrvorrichtungen beendet. Bis Ende September waren 31 Bohrlöcher bis 270 m Endteufe hergestellt und verrohrt. Die Bohrarbeiten wurden am 19. Oktober abgeschlossen. Anschließend wurde die Gefrieranlage in Betrieb genommen.

Die Brikettfabrik war täglich dreischichtig in Betrieb. Die Brikettproduktion betrug in den letzten beiden Monaten durchschnittlich 2103 t bzw. 2152 t je Arbeitstag.

Die Vorarbeiten zum Abteufen des Schachtes VI

Wie bereits berichtet, entsteht ca. 150 m westlich des Schachtes IV in Ratheim ein neuer Zentralförderschacht, der Schacht VI. Bis zum Steinkohlengebirge müssen dort ca. 254 m Deckgebirgsschichten durchteuft werden. Da diese aus nicht standfesten und zum Teil stark wasserführenden Sanden, Tonen und Mergeln bestehen, ist das Niederbringen des Schachtes nur durch ein Sonderabteufverfahren möglich. Hierzu gehören das Schachtbohrverfahren nach Honigmann, womit in jüngster Zeit z. B. unser Schacht V durch die Deckgebirgsschichten niedergebracht wurde, und das Gefrierverfahren.

Letzteres kommt für das Teufen des Schachtes VI zur Anwendung, weil im Bereiche des Schachtes VI schon Abbau umgegangen ist und daher beim Bohrverfahren die Gefahr des Verlustes der Bohrtrübe durch Rißbildung im Gebirge besteht.

1. Herstellen eines Frostzylinders im Deckgebirge

Bei dem Gefrierverfahren, das 1883 von Poetsch erfunden wurde, wird im Deckgebirge ein Frostzylinder hergestellt, in dessen Mitte unter dem Schutz der Frostwand der Schacht abgeteuft wird (siehe Abbildung 1).

Hierzu werden — ca. 2 bis 3 m vom äußeren Umfang des abzuteufenden Schachtes entfernt — Bohrlöcher durch das Deckgebirge bis zum festen Steinkohlengebirge abgebohrt und anschließend durch sogenannte Gefrierrohre verkleidet. In diese Rohre werden Fallrohre eingelassen. Sie sind am unteren Ende offen und haben einen kleineren Durchmesser als die Gefrierrohre (siehe Abbildung 2).

In diese Fallrohre wird eine tiefgekühlte Flüssigkeit hinuntergeführt, die in dem ringförmigen Raum zwischen Fall- und Gefrierrohren wieder aufsteigt. Dabei wird dem umgebenden schwimmenden Gebirge Wärme entzogen und an die aufsteigende Flüssigkeit abgegeben, die über Tage durch Kältemaschinen erneut abgekühlt und abermals den Fallrohren zugeführt wird. Dieser ständige Kreislauf bewirkt eine Unterkühlung der Deckgebirgsschichten bis auf unter 0°C , so daß diese gefrieren und einen festen Frostzylinder bilden.

Unter ständig fortwährendem Wärmeentzug kann dann der Schacht in der Mitte des Zylinders durch das frostverfestigte Deckgebirge geteuft werden.

2. Stand der Arbeiten am Schacht VI

Schacht VI erhält im Gefrierschachtteil einen Ausbruchdurchmesser von 8,85 m. In einem Abstand von 1,20 m werden auf dem Gefrierkreis, dessen Durchmesser 13 m beträgt, 34 Gefrierbohrlöcher bis auf eine Endteufe von 268 m abgebohrt und mit Gefrierrohren verrohrt (siehe Abbildung 3). Bis 18. Oktober gelang es, sämtliche 34 Gefrierbohrlöcher herzustellen. Nach dem Einhängen der Fallrohre kann nun das Gefrieren der Deckgebirgsschichten für das Niederbringen des Schachtes beginnen.

3. Die Gefrieranlage über Tage

a) Ammoniak als Kälteerzeuger

Über Tage ist inzwischen die Gefrieranlage montiert worden. Sie arbeitet nach dem Ver-

fahren der Verdampfung von Flüssigkeiten, die einen niedrigen Siedepunkt besitzen. Diese Flüssigkeiten bezeichnet man als Kälteerzeuger. Man benutzt hierzu Ammoniak oder Kohlensäure in flüssigem Zustand.

Ammoniak läßt sich bei geringeren Drücken verflüssigen als Kohlensäure. Es benötigt demnach auch einen geringeren Energieverbrauch, so daß die Energie- und Anlagekosten niedriger sind. Andererseits ist Ammoniak teurer als Kohlensäure. Die Kälteflüssigkeit kann außerdem nicht so tief heruntergekühlt werden wie bei Benutzung von Kohlensäure.

Für unseren Schacht VI wird als Kälteerzeuger Ammoniak verwendet.

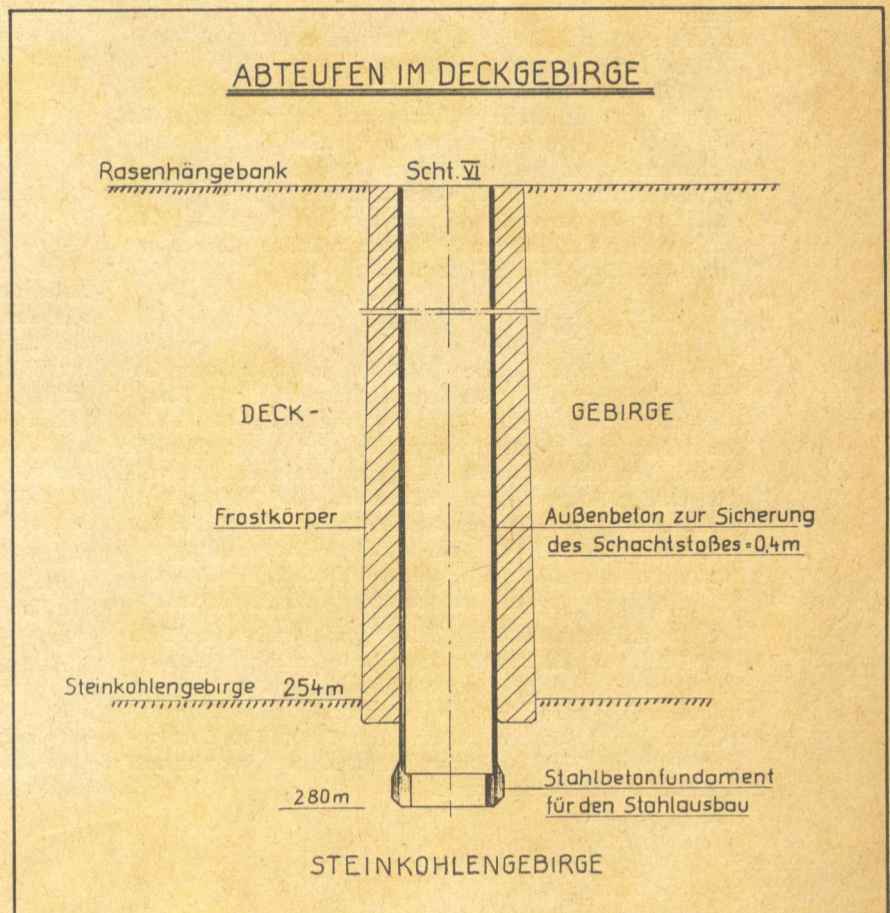
Es durchläuft über Tage folgenden Kreislauf:

Verdichter — Verflüssiger — Regelventil — Verdampfer.

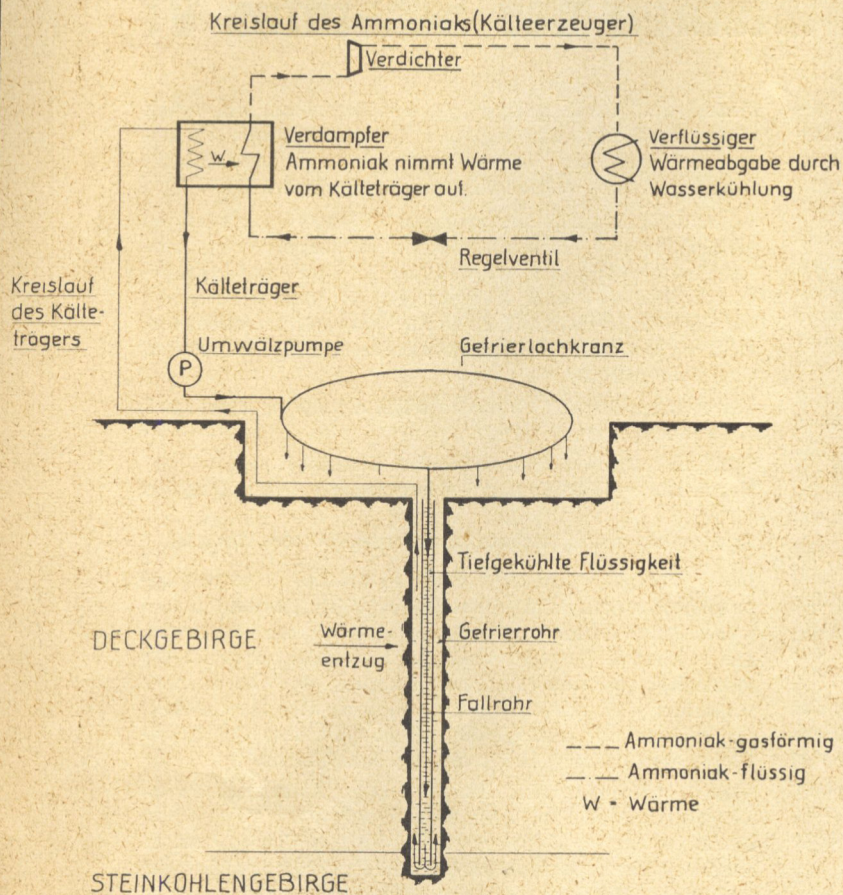
b) Vorgang des Wärmeausfaches (siehe Abbildung 2)

Im Verdampfer wird das vorher in flüssigen Zustand gebrachte Ammoniak in einen gasförmigen Zustand umgewandelt. Bei dieser Umwandlung wird Wärme verbraucht, die es dem Kälteerzeuger entzieht. Der Kälteerzeuger ist die Flüssigkeit, die den Fallrohren innerhalb der Gefrierrohre zugeführt wird und die beim Aufsteigen dem Deckgebirge die Wärme entzieht. Diese Wärme gibt also der Kälteerzeuger dem Ammoniak für das Verdampfen ab.

Vom Verdampfer wird das gasförmige Ammoniak einem Verdichter zugeführt. Dort wird es auf etwa 12 at Überdruck verdichtet. Dabei erwärmt sich das Gas, so daß es anschließend abgekühlt werden muß, um sich verflüssigen zu können. Dies geschieht durch Wasserkühlung in einem meist freistehenden Rohrsystem, dem Verflüssiger. Schließlich tritt das nunmehr flüssige Ammoniak durch das Regelventil, durch das der Druck entspannt wird, abermals in den Verdampfer.



SCHEMA DER GEFRIERANLAGE



Der Kreislauf entsteht von neuem.

Es ist also ein mehrfacher Wärmeaustausch vorhanden, nämlich das Deckgebirge gibt seine Wärme an den tiefgekühlten Kälte-träger in den Gefrierrohren ab; der Kälte-träger führt über Tage im Verdampfer die vom Gebirge aufgenommene Wärme dem Ammoniak zu, das diese benötigt, um verdampfen zu können; das nunmehr gasförmige Ammoniak wird verdichtet und gibt die Wärme dem Kühlwasser weiter; nach dem Entspannen in einem Regelventil gelangt das Ammoniak schließlich zum weiteren Wärmeaustausch mit dem Kälte-träger in den Verdampfer.

c) Der Kälte-träger

Als Kälte-träger wird eine Flüssigkeit mit niedrigem Gefrierpunkt benutzt. Für Schacht VI nimmt man eine Chlor-Magnesium-Lösung. Die Lösung gefriert bei -33°C . Die tatsächlich angewandte Temperatur liegt natürlich nicht so tief. Sie sinkt nach dem Wärmeaustausch mit dem verdampfenden Ammoniak auf höchstens -25°C ab und erwärmt sich nach Aufnahme der Gebirgs-wärme in den Gefrierrohren auf -20°C . Eine ständige Überwachung der Temperatur des Kälte-trägers ist erforderlich. Die Zu- und Ablauftemperaturen müssen laufend gemessen werden.

Der Kälte-träger wird durch Umwälzpumpen bewegt. Sein Weg führt von den Pumpen zum Verteilerring im Gefrierkeller, von hier durch die Fallrohre abwärts und in dem zwischen Fall- und Gefrierrohr freien Raum wieder aufwärts zu einem Sammelkasten über Tage. Von dort gelangt dann die Flüssigkeit zum Ammoniakverdampfer und schließlich wieder zur Pumpe.

4. Notwendige Aggregate für die Gefrieranlage Schacht VI

Die Gefrieranlage Schacht VI ist von der Firma Borsig gebaut. Sie entwickelt eine Kühlleistung von 750 000 Kälteeinheiten je Stunde bei einer Verdampfungstemperatur von -25°C und einer Soletemperatur von -20°C .

Sie enthält u. a.:

1. 3 Vierzylinder-Gleichstromverdichter mit einer Kälteleistung von jeweils 250 000 WE/h
2. 2 Ammoniak-Zwischenkühler für die Verdichter
3. 2 Ammoniak-Turmverflüssiger mit 140 m^2 Kühlfläche. Ihr Kühlwasserbedarf beträgt $140\text{ m}^3/\text{h}$
4. 2 Ammoniak-Sammler mit 1200 l und 900 l Fassungsvermögen
5. 2 Solekühler
6. 2 Ammoniakverdampfer mit insgesamt 375 m^2 wirksamer Kühlfläche
7. 2 Regelstationen
8. Sämtliche für den Kühlwasserkreislauf notwendigen Einrichtungen, wie Kühlwasserpumpen, Kühlwasserleitungen usw.
9. Sämtliche für den Solekreislauf notwendigen Einrichtungen, wie Solepumpen, Soleleitungen usw.

5. Stärke der Frostwand

Von besonderer Bedeutung ist ebenso wie die richtige Bemessung des Schachtausbaues die Bemessung der Stärke der Frostwand. Diese soll ja den Schacht während des Abteufens vor einem Einbruch von Wasser oder Schwimmsand schützen. Die Standfestigkeit der Frostwand hängt ab von ihrer Stärke, und diese wiederum von der Druckfestigkeit des gefrorenen Gebirges. Um den Schacht VI soll der Frostring über Tage ca. 2,80 m stark werden und zur Teufe hin bis auf 3,50 m anwachsen.

6. Bildung des Frostkörpers

Um die einzelnen Gefrierrohre gefriert das Gebirge zunächst gleichmäßig in kreisförmigen Schichten. Die so entstehenden Frostzylinder stoßen dann zusammen und schließen sich zu einem Ring. Anschließend schreitet das Gefrieren nach dem Schachtinnern und nach außen fort. Da der Kälte-träger unten im Fallrohr seine tiefste Temperatur besitzt, wird das Gefrieren zuerst unten beginnen und sich dann nach oben fortsetzen. Die Frostkörperbildung wird laufend beobachtet, indem die Gebirgstemperaturen gemessen werden. Dies erfolgt in den Gefrierlöchern bei stillstehender Lauge und in einem besonderen Temperaturmeßloch.

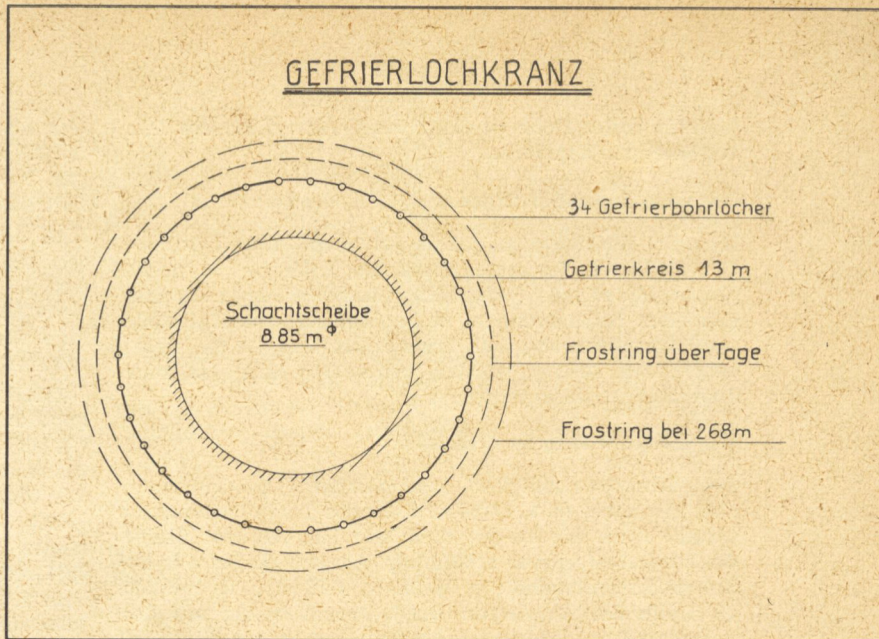
Außerdem wird der Grundwasserspiegel innerhalb und außerhalb des Gefrierrohrkreises beobachtet und somit das Schließen der Frostwand festgestellt.

7. Abteufen des Schachtes im Frostzylinder

Die voraussichtliche Gefrierzeit bis zum Schließen des Frostkörpers wird am Schacht VI ca. zwei Monate betragen. Anschließend, etwa Anfang 1961, beginnt das Abteufen des Schachtes im Deckgebirge. Dabei wird für das

Wegladen von Haufwerk in die Förderkübel ein Greifer zum Einsatz kommen. Die Lufttemperatur im Schacht wird ca. -7° C bis -10° C betragen.

Beim Abteufen wird der Schachtstoß durch eine 0,4 m starke Betonauskleidung gesichert. Es wird eine monatliche Abteufleistung von 35 bis 40 m erwartet. Unter der Voraussetzung, daß die Teufarbeiten in ungestörten Verhältnissen durchgeführt werden können, wird im letzten Quartal des Jahres 1961 das Deckgebirge durchteuft und der Anschluß an das Steinkohlengebirge hergestellt sein. Der Schacht wird noch ca. 26 m in das feste Steinkohlengebirge niedergebracht und unten bis auf einen Durchmesser von 10,50 m zur Aufnahme eines 3 m starken Betonfußes erweitert. Letzterer hat die Aufgabe, das Gewicht der späteren Stahlschachtauskleidung, das etwa 1900 t beträgt, aufzunehmen (siehe Abbildung 1). Mü.



Lebhafter Verlauf der Belegschaftsversammlung

Spitzenlöhne wurden gehalten – Erhöhung der Förderungsprämie um durchschnittlich 25,- DM – Weiteres Absinken der Unfälle

Verhältnismäßig gut besuchte Versammlung

Die am 22. Oktober in Hückelhoven durchgeführte Belegschaftsversammlung war verhältnismäßig gut besucht. Betriebsratsvorsitzender Anton Rodenbücher eröffnete sie mit einem herzlichen Glückauf für die Erschienenen. Er übermittelte die Grüße der Grubenvorstandsmitglieder Dr. Verres und Bergassessor Kranefuß, die wegen anderweitiger dienstlicher Verpflichtungen am Erscheinen verhindert seien, und hieß Arbeitsdirektor Pöttgens, Dr. Russell von der Werksverwaltung und die Vertreter der Betriebsabteilungen I und II besonders willkommen. Die Arbeitskameraden sollten heute die Gelegenheit wahrnehmen und nach den Referaten und in der Diskussion freimütig Fragen, Wünsche und Anliegen an die Verwaltung und Betriebsführung herantragen.

Bericht über den Betriebsablauf

Der vom Betriebsratsvorsitzenden erstattete Bericht über den Betriebsablauf in den letzten vier Monaten veranschaulicht die wesentlichsten Vorgänge innerhalb des Werkes. Hervorstechendes Merkmal ist – wie auch bei den anderen Zechen – der Rückgang der Belegschaft. Von Juni bis einschließlich September verringerte sich die Gesamtbelegschaft von Sophia-Jacoba von 5564 auf 5465, also um 99 Leute. Im gleichen Zeitraum ging die Belegschaft unter Tage um 95 auf 3841 zurück. Auch wir seien nicht mehr in der Lage, die Abgänge durch Neuanlegungen auszugleichen.

Die Entwicklung des Hauerdurchschnittslohnes auf unserer Zeche zeigt folgendes Bild:

Juni	28,25 DM
Juli	28,26 DM
August	28,42 DM
September	28,99 DM

Mit Genugtuung stellte der Betriebsratsvorsitzende fest, daß wir damit weiter an der Spitze im Aachener Steinkohlenrevier liegen.

Ein ähnlich günstiges Bild vermittelte die Darstellung über die Entwicklung der Unfälle. Während wir bis 1957 ständig über dem Durchschnitt des Aachener Bezirks und

des Ruhrrevieres lagen, ist von 1958 ab ein Absinken der Unfallkurve zu verzeichnen. Auf 100 000 Schichten entfielen auf Sophia-Jacoba:

1955	140 Unfälle
1956	132 Unfälle
1957	153 Unfälle
1958	141 Unfälle
1959	131 Unfälle

Im vergangenen Jahr wurden von Januar bis einschließlich September 139 Unfälle auf 100 000 Schichten gezählt, im gleichen Zeitraum dieses Jahres aber nur 98. — Der Betriebsratsvorsitzende betonte, diese erfreuliche Entwicklung auf unserer Zeche sei das Verdienst aller Beteiligten, also jedes einzelnen Kumpels, der bei seiner Arbeit aufpasse, der Werksleitung und der Sicherheitsabteilung. Er appellierte an die Arbeitskameraden, der Sicherheit auf dem Arbeitsplatz in Zukunft noch mehr Aufmerksamkeit zu schenken, denn damit würden sie sich und ihre Familien vor Leid bewahren.

Betriebsratsvorsitzender Rodenbücher gab dann einen knappen Rückblick auf die Werkserholungsfahrten nach Inzell und Flintsbach. Sie seien ein voller Erfolg gewesen. Auf Wunsch der Belegschaft werde im nächsten Jahre wieder nach Inzell und Flintsbach gefahren, denn der Aufsichtsrat habe hierfür die Mittel genehmigt. Belegschaftsmitglieder, die im nächsten Jahr allein oder mit Familienangehörigen nach Bayern fahren wollten, müßten sich umgehend in den Betriebsratszimmern in die Urlaubslisten eintragen lassen. Teilnahmebedingungen und Fahrttermine würden bei der Eintragung mitgeteilt.

Mit Beifall nahm die Belegschaftsversammlung die Mitteilung auf, daß der Grubenvorstand auf Antrag des Betriebsrates die vor Weihnachten zur Auszahlung kommende Förderprämie in der Gesamtsumme um 140 000 DM erhöhte. Dadurch erhält das einzelne Belegschaftsmitglied im Durchschnitt etwa 25 DM mehr. Näheres hierüber ist der Bekanntmachung am Schwarzen Brett zu entnehmen. — Aus der Mitte der Versammlung wurde die Anregung an den Betriebsrat herangetragen, dafür einzutreten, daß die Förderprämie auch an alle Berglehrlinge und Bergjung-

leute in voller Höhe gewährt wird, wenn diese ein Jahr zur Belegschaft gehören.

Das neue Jugendschutzgesetz

Hierüber berichtete in gedrängter Form Jugendvertreter Günter Lattek. Er sagte, durch das neue Gesetz werde die Ausbildung der Jugendlichen mehr gefährdet als nach den alten Bestimmungen. In betrieblicher Hinsicht stoße seine Durchführung auf Schwierigkeiten. — In einem besonderen Beitrag werden wir später über das neue Jugendschutzgesetz berichten.

Die Lohnerhöhung ab 1. Oktober

Ehe Betriebsratsmitglied Paul Ginnuttis im einzelnen über die neue, ab 1. Oktober geltende Tarifvereinbarung sprach, durch die an der Ruhr und im Aachener Bezirk die Bergarbeiterlöhne erhöht wurden, unterrichtete er die Belegschaftsversammlung darüber, daß der Betriebsrat an Stelle des im August durch Pensionierung aus der Belegschaft ausgeschiedenen Arbeitskameraden Karl Sender den Betriebsratsvorsitzenden Anton Rodenbücher als Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat vorgeschlagen habe. Rodenbücher sei inzwischen in den Aufsichtsrat der Gewerkschaft Sophia-Jacoba eingetreten. — Diese Mitteilung wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Warum wurden die Mieten erhöht?

Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und das soziale Miet- und Wohnrecht wurden im letzten Sommer auch bei uns — wie überall in der Bundesrepublik — für bestimmte Arten von Wohnungen die Mieten nach Maßgabe dieses Gesetzes erhöht.

Das hatte zu lebhaften Diskussionen in der Belegschaft geführt. Auf Anregung des Betriebsrates begründete deshalb Dr. Russell von der Werksverwaltung die vom Grubenvorstand angeordnete Maßnahme.

Zunächst erläuterte er in knappen Zügen das oben erwähnte Gesetz und bezeichnete es als das Ergebnis eines Kompromisses. — Die Wohnungswirtschaft sei innerhalb der freien Marktwirtschaft der Bundesrepublik ein Stiefkind. Sie müsse deshalb durch gesetzliche Maßnahmen an diese herangeführt werden. — Da jedoch der Wohnungsmarkt im Bundesgebiet infolge eines Fehlbestandes von etwa 1,2 Mill. Wohnungen zur Zeit noch nicht ausgeglichen sei, sehe das Gesetz eine schrittweise Heranführung an marktwirtschaftliche Grundsätze vor. — Die erste Kategorie der Mieterhöhungen betreffe die Altbauwohnungen, die vor der Währungsreform errichtet wurden, bei der zweiten handle es sich um Neubauwohnungen, deren Erstellung bis Ende 1956 mit öffent-

lichen Mitteln gefördert worden sei. Das Gesetz sehe für die Altbauwohnungen eine Mieterhöhung bis 15%, für die der zweiten Kategorie eine solche von 10 Pfennig je Quadratmeter Wohnfläche vor.

Nach diesen Richtlinien seien auf Sophia-Jacoba die Mieten erhöht worden. Sie betrügen für die Altbauwohnungen im Schnitt 3—5 DM, bei der zweiten Kategorie 5—8 DM im Monat. Der Grubenvorstand glaube, daß eine derartig geringe Mehrbelastung von den Mietern unserer Werkwohnungen getragen werden könne.

Durch diese Maßnahme erhöhe sich das Mietaufkommen aus unseren Werkwohnungen um jährlich etwa 100 000 DM. Demgegenüber habe die Zeche allein bei den werkseigenen Wohnungen 1958 eine Unterdeckung von 894 366 DM, im Jahre 1959 eine solche von 968 272 DM gehabt. Es sei klar, daß die Zeche danach trachten müsse, diesen Zuschuß angesichts der steigenden Kostentendenz in Grenzen zu halten, zumal die Lohnerhöhungen nach dem 1. Juli 1961 das Werk jährlich mit über 5 Mill. DM Mehraufwand belasteten. — Dr. Russell bat die anwesenden Arbeitskameraden, für die Maßnahme der Werksverwaltung Verständnis aufzubringen.

An die Ausführungen Dr. Russells schloß sich eine zum Teil sehr lebhaft geführte Aussprache an, die gut ein- einhalb Stunden währte. Sämtliche Sprecher vertraten die Auffassung, das Werk hätte auf diese Mietpreis- erhöhung verzichten sollen. Außerdem wurden zahlreiche Beanstandungen vorgebracht, um deren Abstellung die Wohnungsverwaltung gebeten wurde. — In seiner Er- widerung betonte Dr. Russell, selbstverständlich wolle das Unternehmen alles tun, um der Belegschaft an- ständige Wohnungen zu bieten. Deshalb würden die ge- meldeten Mängel nachgeprüft und nach Möglichkeit beseitigt werden. — Die Belegschaft wisse aber, daß wir alle in einem Boot säßen. Die obengenannten Zahlen über Mietmehreinnahmen einerseits und Kostenunter- deckung aus der Wohnungswirtschaft sowie die Lohn- erhöhung andererseits sprächen doch wohl für sich und zeigten nur zu deutlich, daß man im Rahmen geblieben sei.

In der weiteren Diskussion wurde eine Reihe Fragen rein betrieblicher Natur angeschnitten. Hierzu äußerten sich neben dem Betriebsratsvorsitzenden die Vertreter der Betriebsabteilungen, vor allem Obersteiger Richter. Zum Teil konnte eine Klärung an Ort und Stelle herbei- geführt werden, in anderen Fällen wurde Nachprüfung und Abstellung zugesagt.

Betriebsratsvorsitzender Rodenbücher dankte allen Red- nern, an ihrer Spitze Dr. Russell und Obersteiger Richter, weil ihre Ausführungen wesentlich zur Klärung der an- geschnittenen Fragen beigetragen hätten. — Mit einem Glückauf wurde die rege verlaufene Belegschaftsversamm- lung nach dreistündiger Dauer geschlossen.

Lohnerhöhung auch im Aachener Steinkohlenbergbau

Der Tarifausschuß hat in seiner Sitzung am 29. Septem- ber 1960 vereinbart, daß mit Wirkung vom 1. Okto- ber 1960 ein neuer Lohntarifvertrag in Kraft gesetzt wird.

In diesem Vertrag wurden 43 Umstufungen vorgenom- men und 15 neue Tätigkeitsmerkmale festgelegt. Rund 40% der Unter- und Übertage-Schichtlöhner sind um- gestuft worden.

Der neue Abschluß sieht folgendes vor:

1. Die Lohnordnung wird korrigiert,
2. die Altersabschläge für 18- und 19jährige werden beseitigt,
3. die Löhne werden am 1. 10. 60 um 4,5%

4. und am 1. 7. 61 um weitere 5% erhöht.

5. Die Erziehungsbeihilfen für Handwerkerlehrlinge wer- den im Ausmaß der allgemeinen Lohnerhöhung her- aufgesetzt;

6. dies gilt auch für die festen Zulagen für Berglehrlinge innerhalb der Erziehungsbeihilfen;

7. die Tarifparteien verpflichten sich, in Lohngespräche einzutreten, wenn die Voraussetzungen, die bei Ab- schluß des Tarifvertrages vorlagen, sich so ändern, daß ein Wegfall der Geschäftsgrundlage eintritt.

In einem Rundschreiben des Unternehmensverbandes Aachen, das mit der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie abgestimmt wurde, ist eine Regelung getroffen,

daß die laufenden Gedinge um 4,5% erhöht werden, während die ab 1. Oktober 1960 neu abzuschließenden Gedinge auf der Grundlage des neuen tariflichen Hauerdurchschnittslohnes abgeschlossen werden, wobei die in der Arbeitsordnung aufgestellten Grundsätze (§ 35 Abs. 2), die die Gedingeschere betreffen, nicht außer acht gelassen werden sollen. Das gleiche gilt für die 5%ige Lohn-erhöhung zum 1. Juli 1961.

Die Laufdauer des alten Vertrages wäre frühestens am 31. Mai 1961 abgelaufen. Neue Löhne hätten deshalb erst mit Wirkung vom 1. Juni 1961 erreicht werden können. Trotz der Laufdauer des Vertrages wird festgestellt, daß

vom 1. Mai 1960 bis 31. März 1962 folgende Lohn-erhöhungen erreicht wurden:

- a) Vorgezogener Lohnausgleich für die 3. Stufe der Arbeitszeitverkürzung = 1,3%
- b) Korrektur der Lohnordnung und Beseitigung der Altersabschläge = 1,5%
- c) Lohnerhöhung zum 1. 10. 60 = 5,0%
- d) Lohnerhöhung zum 1. 7. 61 = 5,0%

Über eine Erhöhung der Gehälter der Tarifangestellten haben zwischen den Tarifparteien ebenfalls Verhandlungen stattgefunden. Diese sind noch nicht abgeschlossen. Einzelheiten können deshalb erst später mitgeteilt werden.

Wechsel im Aufsichtsrat

Karl Sender ausgeschieden

Am 31. August schied unser Arbeitskamerad Karl Sender aus der Belegschaft aus, um sich wegen seiner angegriffenen Gesundheit pensionieren zu lassen. — Er wurde 1904 in Gelsenkirchen als Sohn eines Bergmannes geboren, kam 1927 nach Hückelhoven und verfuhr am 13. Mai des gleichen Jahres auf Sophia-Jacoba die erste Schicht.

Von 1931 bis 1937 mußte Sender aus politischen Gründen die Arbeit auf unserem Werk unterbrechen. Dann fuhr er wieder an und gehörte bis vor 2½ Jahren als Hauer zur Belegschaft unter Tage. Seine Verlegung in den Bürodienst erfolgte aus gesundheitlichen Gründen.

Das Vertrauen der Belegschaft berief Karl Sender — dessen beiden Söhne ebenfalls bei uns tätig sind — im Jahre 1946 in den ersten, nach dem Kriege frei gewählten Betriebsrat. Vier Jahre später wählten ihn seine Betriebsratskollegen zu ihrem Vorsitzenden, und diese wichtige Funktion übte er mit nur einer kurzen Unterbrechung bis 1958 aus.

Die ihm gestellten Aufgaben löste Sender dank seiner Aufgeschlossenheit in allen sozialen und betrieblichen Fragen mit großem Geschick. Darüber hinaus sicherte ihm sein zuvorkommendes Wesen das Vertrauen sehr vieler Arbeitskameraden und die Wertschätzung all derer, die mit ihm auf der gewerkschaftlichen Ebene oder als Vertreter des Werkes zu tun hatten.

Im Mai 1952 wurde Karl Sender auf Grund des Mitbestimmungsgesetzes in den neu gebildeten Aufsichtsrat unseres Unternehmens berufen. Dieses Mandat übte er über acht Jahre aus und vertrat dabei mit Umsicht und Geschick sowohl die Interessen des Gesamtunternehmens wie die der Arbeitnehmer. — Sein Ausscheiden aus der Belegschaft bedingte nun auch seinen Austritt aus dem Aufsichtsrat.



Karl Senders Wirken im Dienste des Werkes und seiner Belegschaft wurde von berufener Seite gewürdigt. Wir möchten ihm dafür ebenfalls danken und für sein ferneres Leben ein herzliches Glückauf zurufen.

Anton Rodenbücher neues Mitglied

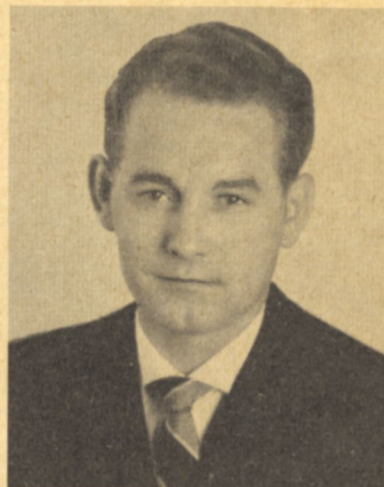
Auf Vorschlag des Betriebsrates wurde an die Stelle des ausgeschiedenen Arbeitnehmervertreters Karl Sender der derzeitige Betriebsratsvorsitzende Anton Rodenbücher neu in den Aufsichtsrat der Gewerkschaft Sophia-Jacoba berufen.

Anton Rodenbücher wurde 1926 als ältestes von 9 Kindern des Bergmanns Wilhelm Rodenbücher in Erkelenz geboren. Nach der Schulentlassung ließ er sich 1940 als Berglehrling auf unserer Zeche anlegen, wurde aber schon drei Jahre später Soldat.

Nach dem Zusammenbruch kehrte Rodenbücher bald in die Heimat zurück und nahm die Arbeit auf unserer Zeche wieder auf. 1949 wurde er Hauer und Schießhauer.

Rodenbücher entstammt einer Bergmannsfamilie, die sich mit unserem Werk eng verbunden fühlt. Neben dem Vater arbeiten seine vier Brüder auf unserer Zeche. Einer von ihnen bestand jetzt die Steigerprüfung, einer ist Bergschüler und ein zweiter Bruder gehört ebenfalls dem Betriebsrat an.

Erst 27 Jahre alt, wurde Anton Rodenbücher 1953 zum ersten Male in den Betriebsrat unserer Zeche gewählt. Seit dieser Zeit gehört er ihm an, zunächst als Mitglied verschiedener Ausschüsse, vom Frühjahr 1958 ab als Vorsitzender. Rodenbücher, der verheiratet und Vater von zwei Kindern ist, lebt seit seiner Jugendzeit in der Bergmannssiedlung in Schaufenberg. Als Sohn einer kinderreichen Familie kennt er die Nöte des Kumpels und hat ein Herz für ihn. Das beweist sein Wirken im Betriebsrat und in der Gewerkschaft. Er wird auch in Zukunft das Vertrauen, das die Belegschaft in ihn setzt, nicht enttäuschen.



Der Steinkohlentag 1960

Die Kohle ist nicht zu ersetzen — Forderung nach einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik

Am 21. Oktober fand in Essen der Steinkohlentag 1960 statt. Vor rund 3000 Teilnehmern aus dem In- und Ausland berichtete der Vorsitzende des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau und des Aachener Steinkohlenbergbaues, Generaldirektor Dr. h. c. Burckhardt, über die derzeitige Situation der Kohle.

Auf Grund der Erfahrungen in den letzten 50 Jahren und den Entwicklungstendenzen des Bedarfs warnte Generaldirektor Dr. Burckhardt vor einer Preisgabe heimischer Energiequellen, die, wenn es sich um Zechenstilllegungen handele, in der Regel für immer verloren seien. Die Welt wird — so sagte Dr. Burckhardt — noch lange auf die klassischen fossilen Energieträger angewiesen sein, um den stets wachsenden Bedarf decken zu können. Die Meinung, die Atomenergie werde einmal das Versorgungsproblem lösen, sei ein Irrtum. Ganz abgesehen von der Wirtschaftlichkeit, werde die Atomkraft weder die Treibstoffe noch die Kohle als chemischen Rohstoff ersetzen können; nur in der Erzeugung von Strom könne sie die herkömmlichen Quellen ergänzen.

Man komme zu ganz falschen Schlüssen, wenn man das Olangebot aus der gegenwärtigen Marktsituation beurteile. Das Marktgeschehen sei durch den Raubbau in einzelnen Erzeugungsgebieten und durch Manipulationen bestimmt, die sich — wie die Tatsache, daß der Preis der Fertigprodukte unter dem Rohölpreis liegt — nicht über eine beliebig lange Zeit durchhalten lasse. Die Vorräte an Mineralöl seien wesentlich kleiner und begrenzter als die der Steinkohle, insbesondere in Europa, während die Kohlenvorräte Westeuropas noch für 450 Jahre reichen könnten. — Um rasche und leichte Gewinne zu erzielen, werde die Verarbeitung von Öl zu Brennstoffen übermäßig ausgeweitet: das bedeute die Verschwendung eines wertvollen Produktes.

Gehe der Rohölüberfluß eines Tages zu Ende, dann werde das Angebot durch die steigende Nachfrage nach Treibstoffen und nach Ölen für chemische Prozesse aufgezehrt und die jetzt geltende niedrige Preisstellung müsse verschwinden. — Dr. Burckhardt bezeichnete es insbesondere als bedenklich, daß selbst lebenswichtige Betriebe wie

Molkereien, Wasserwerke, Gaswerke, ja sogar Elektrizitätswerke und Krankenhäuser ihre Versorgung auf Heizöl und damit im wesentlichen auf Importe umstellen. — Die Importabhängigkeit habe sich in den letzten 50 Jahren wiederholt als schädlich erwiesen und berge auch für die Zukunft ernste Gefahrenquellen für die Versorgung in sich.

An der Notwendigkeit der Rationalisierung im Grubenbetrieb ließ Dr. Burckhardt keinen Zweifel: Die Rationalisierung habe in ihren drei Erscheinungsformen Mechanisierung, Konzentration und Organisation bedeutende Fortschritte gemacht; die Zahl der Bergbaubetriebspunkte sei seit dem Ausbruch der Absatzkrise von 2200 auf 1500 herabgesetzt worden und die Schichtleistung als Maßziffer der Produktivität von 1606 kg im Jahre 1957 auf 2079 kg gestiegen; seit 1957 seien sechs große und fünf kleinere Zechen völlig stillgelegt worden.

Der Kampf um die Erhaltung der Absatzmöglichkeiten sei wesentlich verstärkt worden. Die jetzt eingetretene Beruhigung auf dem Kohlenmarkt werde aber durch eine weitere Kohlenverdrängung als Folge des Preiskampfes auf dem Heizölmarkt unterwühlt.

Generaldirektor Dr. Burckhardt forderte im Interesse des Bergbaus eine Lohn- und Preisdisziplin in der ganzen Wirtschaft. Dem Bergbau wäre es lieber gewesen, wenn andere, von der Konjunktur begünstigte Zweige der Wirtschaft ihre Produktivitätsfortschritte nicht zu Lohnerhöhungen, sondern zu Preissenkungen genutzt hätten.

Dr. Burckhardt trat auch übertriebenen Berechnungen des Energiekostenanteils in der Industrieproduktion entgegen: Bei einem Produktionswert von 245 Mrd. DM im Jahre 1959 entfielen auf die Arbeitskosten 60 Mrd. DM, auf die Energiekosten aber nur 10 Mrd. DM; diese Relation müsse die Entscheidung leichter machen, wenn es darum gehe, eine wichtige heimische Grundproduktion, die Kohlenförderung, entscheidend zu verlieren oder aber zu erhalten. — Nachdrücklich forderte Dr. Burckhardt schließlich eine gemeinsame Energiepolitik auf europäischer Ebene.

Sowjetrussische Bergingenieure besuchen Sophia-Jacoba

Am 27. Oktober erhielt Sophia-Jacoba den Besuch von sieben sowjetrussischen Bergingenieuren aus Moskau, aus der Ukraine, aus Karaganda und aus Sibirien, die eine Besuchsreise in die Bundesrepublik machten, um sich über den Stand des Steinkohlenbergbaus an der Ruhr und im Aachener Revier zu informieren.

Bergassessor Kranefuss hieß die sowjetischen Gäste im Namen des Grubenvorstandes auf Sophia-Jacoba willkommen und gab ihnen zunächst an Hand von Plänen einen Überblick über unsere Anlagen über und unter Tage.

Der theoretischen Einführung schloß sich die Besichtigung des Förderturmes und der Schachthalle von Schacht IV

Nach der Ausfahrt

an. Dann fuhren die sowjetischen Gäste in die Grube, um in aller Gründlichkeit den Abbau auf unserer Zeche kennenzulernen. Befahren wurden die Reviere 5 und 9 mit Abbaubetriebspunkten in den Flözen Grauweck und Croat.

Die russischen Ingenieure waren von dem Abbau des nur 40 cm mächtigen Flözes Croat besonders beeindruckt. In Rußland würden Flöze unter 60 cm nicht gebaut, berichteten sie, so daß wir ihnen mit diesem Abbau etwas Besonderes gezeigt hätten.

Der hohe Stand unserer Mechanisierung und Rationalisierung wurde besonders hervorgehoben. Darüber hinaus lobten sie die Arbeit unserer Belegschaft. — Auf die Frage eines Journalisten an den Delegationsführer, Herrn Alexei Gridine aus Moskau, wie er die Arbeitsweise in unserem Betrieb beurteile, sagte er, daß die fortschrittliche Mechanisierung den Bergleuten die Möglichkeit gebe, ihre Arbeit unter guten Bedingungen zu verrichten. Es sei zu wünschen, daß den Bergleuten auf allen Zechen eine so gute Organisation und eine so weitgehende Mechanisierung gegeben werde, wie es in dieser modern eingerichteten Zeche und in ihren Flözen der Fall sei. — Die Sowjetrussen unterstrichen ihr Lob noch mit dem Hinweis, daß infolge der ungünstigen Lagerung der Abbau auf Sophia-Jacoba sehr schwierig sei.

Mit herzlichem Dank für die bei der Besichtigung vermittelten Eindrücke verabschiedeten sich die sowjetischen Gäste.



HIER SPRICHT DIE SICHERHEITSABTEILUNG



Unfälle, die zu vermeiden waren

In den letzten Wochen hatten wir im Grubenbetrieb leider wieder eine auffällige Anhäufung von schweren Unfällen zu verzeichnen, von denen die meisten nicht zu passieren brauchten und mit etwas mehr Aufmerksamkeit und etwas mehr Gefühl für die sicherheitlichen Belange unbedingt hätten vermieden werden können. Wer die nachfolgenden Darstellungen über den Ablauf von einigen dieser Unfälle aufmerksam liest, wird uns recht geben müssen.

In einem Hobelstreb wurde Eisen in den Streb gefahren. Der Hobel war abgesetzt worden. Der Ortsälteste, der am Hilfsantrieb die Stempel in den Panzer legte, hatte vorher zum Streb hin gerufen: „Eisen kommt!“

Dieser Zuruf wurde jedoch nicht weitergegeben. Und als dann ein Hauer im Streb eine Kappe über dem Panzer vorhängte, wurde diese Kappe von einem Stempel erfaßt und gegen den nächsten Bau verschoben. Der Hauer geriet mit seinem Kopf dazwischen und erlitt einen lebensgefährlichen Schädelbruch. — Darum noch einmal die Ermahnung:

Zurufe im Streb müssen unter allen Umständen weitergegeben werden! Außerdem muß jeder, der einen Zuruf weitergibt, sich auch davon überzeugen, daß der nächste Mann seinen Zuruf verstanden hat.

Im Vortrieb einer Richtstrecke zog sich ein Kohlenrüffel quer durch die Ortsscheibe. Während des Besetzens der Bohrlöcher brach über diesem Kohlenrüffel ein schwerer Gesteinsbrocken aus, der auf der Sohle aufschlug, umkippte und dabei einen Hauer so unglücklich traf, daß dieser einen Oberschenkelbruch davontrug.

Im Streckenvortrieb kann nie oft genug abgetrieben werden, vor allem dann, wenn durch die Ortsscheibe ein Flöz oder Kohlenrüffel durchsetzt.

In einem Diagonal, in dem Kohle gefördert wird, wurde während der Kohlenförderung gleichzeitig mit dem Kahn Material transportiert. Bei einer Fahrt, bei der der Kahn mit Eisen überladen war, wurde dieser seillos und ging in dem mit 16° zum Querschlag einfallenden Diagonal ab. Ein Mann, der neben dem Ladepanzer Streukohle weglud, wurde von dem Kahn erfaßt und erlitt einen Beinbruch. — Bei der Untersuchung dieses Unfalles ergab sich, daß das Haspelseil nicht mit Karabinerhaken, sondern mit einer schwachen Kette am Kahn angeschlagen war. Diese Kette war gerissen.

Haspelseile müssen ordnungsgemäß mit Karabinerhaken oder mit Seilkausche am Kahn befestigt sein.

Normalerweise darf sich während des Treibens niemand in der Kahnförderstrecke aufhalten. In diesem Falle hätte sich auch ohne Zweifel organisatorisch die Materialförderung in eine Zeit außerhalb der Kohlenförderung verlegen lassen, so daß dann der Forderung ohne weiteres hätte entsprochen werden können, daß sich niemand

während des Treibens in der Strecke zwischen den beiden Häspeln aufhalten darf.

In einer Nachreißstelle, die im Gedinge betrieben wird, hatte ein Hauer für mehr als einen Bau nachgerissen, ohne während dieser Arbeit von dem zuletzt gesetzten Bau aus vorzupfänden oder zu verspreizen. Dabei brach ein schwerer Stein aus der Firste aus. Der Hauer stürzte von der Bühne und wurde von dem herabfallenden Brocken an der Hüfte getroffen. Er erlitt einen Hüftgelenkbruch.

Bei Nachreißarbeiten muß Stück für Stück vorgepfändet werden. Ebenso gilt auch hier die Forderung, immer wieder das Gestein abzutreiben.

Ein Lokführer fuhr mit einem Materialzug feldwärts. Vor der Durchfahrt einer Weiche merkte er, daß im Nebengleis zwei mit Material beladene Schlitten, die hier ausgesetzt waren, zu dicht an der Weiche standen. Er mußte befürchten, daß seine Lok an den Schlitten anpacken würde. So sprang er von der Lok herunter und schob die Schlitten von Hand etwas zurück, ohne Zeit zu haben, die Wagen festzulegen. Als er nun wieder in die Lok einstieg, rollten die beiden Schlitten wieder vor. Dabei wurde der Lokführer von dem überragenden Material erfaßt und mit dem Bein gegen die Führerstandverkleidung gequetscht. Die Folge war ein Oberschenkelbruch. Die Lehre aus diesem Unfall:

Abgestellte Wagen müssen stets ordnungsgemäß festgelegt werden.

*

Diese fünf schweren Unfälle, die alle eine mehrmonatige Feierzeit zur Folge haben, ereigneten sich innerhalb von nur neun Arbeitstagen! Eine solche Fülle von schweren Unfällen in so kurzer Zeit hatten wir schon lange nicht mehr zu verzeichnen gehabt. Das ist um so bedauerlicher, da wir durch unsere Plakataktionen und durch Lautsprecherdurchsagen immer wieder auf diese Dinge aufmerksam machen. Dennoch sind vier dieser Unfälle mehr oder weniger auf menschliche Unzulänglichkeiten, wie Übereile und Nichtbeachten von Sicherheitsvorschriften, zurückzuführen. Auch der Kahnunfall war durch Kontrolle der technischen Einrichtungen und rechtzeitige Abstellung von dabei vorgefundenen Mängeln vermeidbar.

So liegen nun wieder fünf Arbeitskameraden auf Monate hinaus im Krankenhaus, von ihren Familien getrennt, von Schmerzen geplagt.

Möchtest Du der Nächste sein? Bedenke: Von einer leichten Verletzung bis zum schweren Unfall ist oft nur ein kleiner Schritt. Wir nähern uns mit Riesenschritten dem Weihnachtsfest, das doch ein jeder gesund im Kreise seiner Angehörigen begehen möchte. Denke auch Du daran. **Bleibe gesund! Arbeite sicher!**

Was soll unser Junge werden?

Unsere Zeche bietet dem Nachwuchs eine sichere Existenz

In den kommenden Wochen und Monaten wird in jeder Familie, in der an Ostern ein Sohn die Schule verläßt, die Frage diskutiert werden, was dieser eigentlich werden soll. Es ist eine Frage, die Eltern und Kinder in gleichem Maße angeht und bewegt; man kann nicht früh genug damit beginnen, diesen Schritt der Kinder ins Leben vorzubereiten.

Früher war es oft schwierig, unsere Söhne in ein ordentliches Ausbildungsverhältnis zu bringen. Das Angebot guter Lehrstellen war begrenzt, und oft genug bot der von den Kindern ersehnte Beruf nur wenig Chancen für eine gesicherte Zukunft.

Das ist anders geworden. Im Zeichen der Hochkonjunktur gibt es in allen Zweigen der Wirtschaft genug Lehrstellen. Aber das Risiko ist geblieben, ob der Beruf, zu dem sich viele unserer Jungen hingezogen fühlen, ihnen ein geordnetes Leben sichern kann. Denn niemand weiß, wie sich die strukturellen Verhältnisse unserer Wirtschaft ändern werden. — Deshalb klafft auch heute noch oft ein großer Unterschied in den Auffassungen von Eltern und Kindern. Während sich die Söhne kaum Gedanken darum machen, wie die Aussichten zum Vorwärtkommen sind, wenn sie den Beruf erlernen dürfen, zu dem sie sich hingezogen fühlen, denken die Eltern doch immer daran, für

ihre Söhne eine geeignete, d. h. eine Lehrstelle zu finden, die eine solide Existenzgrundlage bietet.

Das Interesse für den Bergmannsberuf ist früher in den Bergbaugebieten immer groß gewesen. Der Bergmann war angesehen, verdiente gut und fand in seinem krisenfesten Beruf viele Aufstiegsmöglichkeiten, wenn er weiterkommen wollte.

Daran hat sich nichts geändert. Wer heute in den Bergbau geht, findet als junger Mensch die gleichen günstigen Voraussetzungen zum Vorwärtkommen wie in der Vergangenheit. Es gehört nur Fleiß und Geschick dazu und natürlich der Wille, sich in eine große Betriebsgemeinschaft einzuordnen. — Wir können mit gutem Gewissen sagen, daß diejenigen Jungen, die sich für den Bergmannsberuf entscheiden, auf Sophia-Jacoba eine gesicherte Existenz mit all den Möglichkeiten finden, die unseren Nachwuchs zum Vorwärtkommen im Bergbau geboten werden.

Die Ausbildungsabteilung der Gewerkschaft Sophia-Jacoba (Büro im Bürgerhof, 2. Stock rechts) nimmt von jetzt an bis Ende Februar 1961 laufend Anmeldungen von Jugendlichen entgegen, die zu Ostern als Berglehrling oder Bergjungmann angelegt werden wollen.

Fußballturnier in Alsdorf-Ofen

Am 8. Oktober fand in Alsdorf-Ofen ein Fußballturnier aller Berglehrlingsheime und Pestalozzidörfer im Aachener

Gebiet statt. Auch unser Berglehrlingsheim nahm daran teil. Wir hatten keine große Hoffnung, den Turniersieg gegen die anderen großen Heime und Dörfer zu holen. Wir wollten aber trotzdem mitmachen, weil uns das Spielen Freude macht.

In guter Stimmung fuhren wir zum Treffpunkt in Alsdorf. Unser Mannschaftsführer zog das Los, das uns mit dem starken Pestalozzidorf Ofen zum ersten Spiel führte. Unsere Spieler und Schlachtenbummler waren begeistert bei der Sache. Die Angriffe der Ofdener wurden immer von unserer Abwehr gebremst. Bis zur Halbzeit stand das Ergebnis 1:1. Jedoch hatten wir in der zweiten Halbzeit nicht ganz soviel Glück. Kurz vor Spielende konnten die Platzherren das Führungstor schießen.

Leider kamen wir durch dieses Ergebnis aus dem Wettbewerb heraus. Jedoch waren die Spieler nicht entmutigt, da sie einer besseren Mannschaft nur knapp unterlegen waren. Am Nachmittag erlebten wir noch das Endspiel, in dem Ofen wieder mit 2:1 gegen Merkstein Sieger blieb.

A. Sommer

Unsere Mannschaft beim Fußballturnier in Alsdorf

Warum Aktion „WIR HELFEN“?

Der DGB bittet uns um Veröffentlichung des folgenden Berichts:

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes beschloß am 5. Januar d. J. einstimmig die Durchführung der Aktion „WIR HELFEN“.

Sie dauert bis einschließlich 31. Januar 1961. Diese Sammelaktion soll finanzielle Mittel aufbringen, um die jungen Gewerkschaften der Entwicklungsländer in ihrer Aufbauphase zu unterstützen.

Bei diesem Bemühen, den arbeitenden Menschen der Entwicklungsländer zu starken, unabhängigen und demokratischen Gewerkschaften zu verhelfen, handelt es sich um die Erfüllung unserer Pflicht aus dem Geiste der internationalen Solidarität heraus, jenen zu helfen, die in dieser Welt unserer Unterstützung am dringendsten bedürfen.

Wir dürfen nicht untätig zusehen, wie Afrika, Asien und Lateinamerika von Hunger und Not gepeinigt werden, während uns in den sogenannten Industriestaaten ein verhältnismäßig gutes Leben beschieden ist.

Wir haben aus dem humanitären Denken unserer Gewerkschaftsbewegung heraus die Pflicht, auch die Sorgen der anderen im Auge zu behalten. Diese Sorge darf niemals dort enden, wo die Grenzen unseres Landes liegen. Die menschliche Verpflichtung, die wir als Gewerkschafter verspüren, ist nicht an Nationalitäten gebunden und gilt allen Menschen, gleich welcher Rasse und welcher Weltanschauung.

Die Europäer und Nordamerikaner dürfen keine Mühen scheuen, um Not, Elend und Analphabetentum in den Entwicklungsländern einzudämmen und zu beseitigen. Diese Aufgabe ist schon im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens von erstrangiger Bedeutung, da der Frieden dieser Welt so lange nicht gesichert ist, wie der Unterschied zwischen dem Lebensstandard der Völker so krasse Ausmaße aufweist, wie in unserer Zeit.

Der Aufbau von Gewerkschaften ist eine wesentliche Voraussetzung für die Behebung der Not und des Hungers in den Entwicklungsländern. Nach den Erfahrungen, die Europa und Nordamerika seit Beginn der Industrialisierung im vorigen Jahrhundert gemacht haben, genügt es nicht, lediglich das Ergebnis der Volkswirtschaft zu steigern. Ein mindestens genauso entscheidendes Problem wie die Steigerung des Sozialprodukts ist die Frage der Verteilung. Das Verteilungsproblem kann aber nur dann einer gerechten Lösung zugeführt werden, wenn starke, unabhängige und demokratische Gewerkschaften den arbeitenden Menschen einen gerechten Anteil am Ergebnis der Wirtschaft erringen.

Gelingt es nicht, solche Gewerkschaften aufzubauen, dann wird sich der Vermögenszuwachs der Entwicklungsländer allein in den Händen weniger einheimischer Magnaten anhäufen. Das würde zu einer weiteren Verelendung der Arbeitnehmer dieser Länder führen und den jungen, meist noch recht schwachen Staaten die Grundlage einer sozialen Ordnung entziehen. Die Folgen wären un stabile Gesellschaftsordnungen, die zu dauernden Erschütterungen des Staatsgefüges der einzelnen Länder und des ganzen staatlichen Systems der Entwick-

lungsländer in Asien, Afrika und Lateinamerika führen würden.

Ein solches Chaos wäre ein idealer Nährboden für den Kommunismus, dem es in kurzer Zeit gelingen würde, seine Idee der Weltrevolution in diesen Gebieten durchzusetzen, womit über das Schicksal Europas und Nordamerikas auf die Dauer gesehen entschieden wäre.

Es wäre aber ungerecht, zu glauben, daß durch die Schaffung stabiler Staaten in den Entwicklungsländern nur unseren Sicherheitsbedürfnissen Genüge getan werden soll. Viel entscheidender ist doch unsere moralische, politische und menschliche Verpflichtung, den jungen Völkern in Afrika und Asien die jüngst gewonnene Freiheit zu erhalten.

Kriegsbeschädigte, herhören!

Der Kriegsbeschädigten-Obmann teilt mit: Wenn Kriegsbeschädigte auf Grund ihres Kriegsbeschädigtenleidens den Arzt in Anspruch nehmen müssen, müssen sie den „Bundesbehandlungsschein“ beibringen. — Kranken- oder Kurschein allein genügen nicht.

Bei Überweisung zu einem Facharzt (auch nach Linnich!) ist ein besonderer Bundesbehandlungsschein durch den zuständigen Knappschaftsältesten anzufordern.

Wir, die wir um den Ernst und die Tragweite der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Kommunismus wissen, haben die Pflicht, diesen Menschen in den Entwicklungsländern eine neue Unterdrückung zu ersparen, um ihnen neben der persönlichen auch die politische Freiheit zu erhalten, sich selbst jene Staatsordnungen aufzubauen, die ihren Vorstellungen und ihrer Lebensart gerecht werden.

Starke Gewerkschaften sind aber nicht nur eine Waffe gegen Hunger, Not und Chaos, sie sind auch ein Bollwerk der Demokratie. Gerade wir Deutschen wissen aus eigener Erfahrung, wie schwer es ist, junge Demokratien politisch abzusichern, und wir wissen, daß sowohl in der Weimarer Republik wie auch in der gegenwärtigen Bundesrepublik die Gewerkschaften die entscheidendsten Verfechter und Stützen der Demokratie waren und sind. Dabei darf man nicht vergessen, daß die Staaten Afrikas und Asiens ganz besonders Schichten und Organisationen benötigen, die ihnen Stabilität und Dauer garantieren. Wenn die Stabilisierung solcher jungen Staaten im Interesse und im Einvernehmen mit den breiten arbeitenden Schichten eines Volkes erfolgen soll, dann bieten sich für eine Absicherung dieser jungen Demokratien in erster Linie Gewerkschaften an.

Solche Gewerkschaften aufzubauen und zu stärken, ist das Ziel unserer Aktion „WIR HELFEN“, zu deren Erfolg wir alle nach Kräften beitragen sollten.

Die Kohleheizung läßt sich nicht von Öl verdrängen



Der unentbehrliche Grundstoff Kohle

Im deutschen Boden lagern noch viele Milliarden Tonnen förderfähiger Kohle. Das ist ein volkswirtschaftlicher Besitz von unschätzbarem Wert. Besonders in Krisenzeiten ist die Kohle in der Lage, unsere Wirtschaft mit der erforderlichen Energie zu versorgen — im Gegensatz zum Öl, das ja — weil unsere Inlandsproduktion noch außerordentlich gering ist — zum allergrößten Teil importiert werden muß und dessen Transportwege im Falle internationaler Verwicklungen abgeschnitten bzw. unterbrochen werden können. Daran sollten Betriebe und auch die privaten Kohlenverbraucher denken, wenn die Frage auftaucht, welcher Heizungsart sie den Vorzug geben sollen. Die Kohle ist als heimischer Brennstoff jedenfalls krisenfest und selbst in schwersten Notzeiten immer noch erreichbar.

Darüber hinaus ist unsere Kohle für die Volkswirtschaft auch ein unentbehrlicher Grundstoff, aus der die mannigfachsten Produkte gewonnen werden können, zum Beispiel die vielen Arten von Kunststoffen, die im gewerblichen und privaten Sektor immer weiter vordringen: Arzneien, Waschmittel, Textilfasern, Farben, Filme und vieles andere mehr. — Zur Herstellung all dieser Dinge wird wiederum Energie benötigt, und in der Vergangenheit hat es sich gezeigt, daß die Kohle immer noch der verlässlichste Energieträger unserer Wirtschaft ist.

Die Kohle, die bis in die jüngste Zeit hinein unbestritten auf dem Markt dominierte, muß nun mit dem Heizöl und in Zukunft auch mit dem Erdgas um ihre Absatzgebiete kämpfen. Wenn sie ihre führende Stellung halten will, ist es notwendig, den Verbraucherswünschen durch ständige Verbesserung der Qualität aller Sorten

entgegenzukommen, ebenso müssen die Preise den Erfordernissen des Marktes angepaßt werden.

In den folgenden Ausführungen wollen wir den gewerblichen Sektor außer acht lassen und uns nur mit der Frage auseinandersetzen, ob es noch sinnvoll ist, im privaten Verbrauchsbereich — also in den Haushalten — der Kohle als Wärmespenderin den Vorzug zu geben.

Um die Antwort vorwegzunehmen — ja, das dürfen wir! Denn in den letzten Jahren wurden mit Unterstützung des Bergbaus von der Geräteindustrie Heizgeräte für Kohle und Koks entwickelt, die mit vielen technischen Neuheiten ausgestattet sind — Unterzug, automatische Regelung usw. —, womit den Verbraucherswünschen weitgehend Rechnung getragen worden ist. Wer sich ein solches Gerät kauft, wird erstaunt sein, wieviel Kohlen er bei gleicher Wärmewirkung gegenüber den alten Modellen einspart, einerlei ob es sich um Zimmeröfen oder Küchenherde handelt. Für denjenigen, der Kohle kaufen und bezahlen muß, spielt das ja eine große Rolle.

Das Gütezeichen für Kohleöfen und Dauerbrandherde

Es ist bekannt, daß seit einiger Zeit die Geräteindustrie für Kohleöfen und Kohleherde ein Gütezeichen eingeführt hat. Ein Gerät, das mit diesem Zeichen versehen ist, wurde geprüft, ist nach den neuesten Erkenntnissen der Feuerungstechnik gebaut, läßt sich leicht bedienen und ist im Brennstoffverbrauch sparsam. Es besitzt nicht nur eine lange Lebensdauer, sondern ist auch darauf eingerichtet, daß es keinen Staub und Schmutz in die Wohnung bringt. Der Käufer, der ein Gerät mit diesem Zeichen sieht, kann es unbedenklich kaufen, denn alle Typen, die es tragen, sind beim Fachnormenausschuß Heiz-, Koch- und Wärmegerät registriert. Sie erfüllen die in den DIN-Richtlinien niedergelegten Mindestanforderungen an Bau, Güte und Leistung.

Diese Richtlinien fordern unter anderem:

Brennstoffausnutzung bei Anthrazit-Dauerbrennern 80%; Dauerbrandfähigkeit mindestens 12 Stunden ohne Bedienung und ohne Nachfüllen; Kleinstellbarkeit bei Ofen auf mindestens $\frac{1}{4}$, bei Herden auf mindestens $\frac{1}{8}$ der Nennleistung; Überlastbarkeit um mindestens 50% der Nennleistung; außerdem lange Lebensdauer, gesichert durch Anweisungen über Art, Stärke und Güte der zu verwendenden Werkstoffe und Bauteile.

Beim modernen Kohleofen wie beim Ölofen wird die Feuerstärke je nach Bauart dem Bedarf entsprechend entweder von Hand oder durch einen Thermostat selbsttätig geregelt. Dabei muß man aber berücksichtigen, daß der Kohleofen auch bei schwachem Feuer noch einen verhältnismäßig hohen Wirkungsgrad hat. Das wirkt sich auf die Wirtschaftlichkeit besonders günstig aus, denn während des Winterhalbjahres brauchen die Ofen ja lange nicht immer mit voller Leistung betrieben zu werden. Der Wirkungsgrad beim festen Brennstoff ist somit höher als bei der Ölheizung.

Heute verlangt man von seinem Heizungsgerät, daß es nicht immer die gleiche Wärme abgibt, sondern sich nach der Witterung richtet; die Temperatur in den Wohnräumen soll etwa bei 20° C bleiben. Diese Forderungen erfüllen alle modernen Kohleöfen genau wie die Ölfeuerung, wenn sie mit einem selbsttätigen Leistungsregler aus-

gestattet sind. Der Einbau einer solchen Automatik ist anzuraten, wenn man Brennstoff sparen und sich Bequemlichkeit bei der Wartung seines Ofens verschaffen will.

Anschaffungs- und Betriebskosten

Wer einen neuen, modernen Kohleofen oder Kohleherd anschaffen will, kann leicht in einem größeren Fachgeschäft feststellen, daß die Anschaffungskosten für ein mit dem Gütezeichen versehenes Gerät nicht höher liegen als bei einem Ölheizgerät oder einem Gasofen mit dem gleichen Nutzeffekt. Letztere müssen in der Regel sogar noch etwas teurer bezahlt werden. Beim Preis kommt es natürlich immer auf die Ausstattung des betreffenden Stückes an.

Um die ungefähren Brennstoffkosten zu ermitteln, muß man auf den Heizwert (Wärmeeinheiten je Mengeneinheit) und die Ausnutzung des Brennstoffes im Heizgerät (Wirkungsgrad) zurückgreifen. Aus diesen beiden Zahlen lassen sich diejenigen Mengen der verschiedenen Brennstoffe ermitteln, aus denen man die gleiche Nutzwärmemenge erhält. Die folgende Tabelle gibt darüber Auskunft:

Brennstoff	Zugrunde gelegter Wirkungsgrad %	Gleiche Nutzwärmemenge bieten etwa
Steinkohlen,		
Steinkohlenbriketts . . .	75	100 kg
Braunkohlenbriketts . . .	75	163 kg
Koks	75	110 kg
Leichtes mineralisches		
Heizöl	75	74 kg bzw. 88 l
Gas	85	189 cbm
Strom	100	654 kWh

Da die Preise für die verschiedenen Brennstoffe örtlich und zeitlich unterschiedlich sind, konnten keine vergleichenden Preisangaben eingesetzt werden. Der Nutzwärmepreis ergibt sich aber durch Multiplikation der angegebenen Brennstoffmengen mit den jeweils am Ort gültigen Mengengeräten. Hierbei muß man beim Heizöl den Preis für die in Frage kommende Bezugsart — Kanister, Faß, Tank — einsetzen und bei Gas und Strom außer dem Tarifpreis die Grundgebühr und Zählermiete anteilig berücksichtigen.

Auf dem in- und ausländischen Kohlenmarkt genießt unser hochwertiger Sophia-Jacoba-Edelanthrazit einen ausgezeichneten Ruf. Dieser ist auf seinen hohen Nutzeffekt (Brennwert) und seinen geringen Aschegehalt zurückzuführen. Der Nutzeffekt liegt über dem in der obigen Tabelle angegebenen Wirkungsgrad. Die Anthrazitverwerter kennen diesen Vorteil und verlangen deshalb vorzugsweise immer wieder unsere Kohle. Das gilt auch für den Verbrauch im Hausbrand. Der etwas höher liegende Preis wird gerne in Kauf genommen, weil die größere Ergiebigkeit im Endeffekt die Relation wieder ausgleicht. Zum Schlusse noch ein Wort über den Heizwert einzelner Steinkohlenarten. Die Wärmeeinheiten je kg betragen bei Gasflam- und Gaskohle 6900—7650, bei Fettkohle 7400—7800, bei Eßkohle 7500—7900 und bei Anthrazitkohle 7500—7900. Da Anthrazitkohle langsamer abbrennt als jede andere Kohlensorte, ergibt sich auch hieraus ein Nutzen für den Verbraucher.



Für den Kohlenverwerter ist es wichtig, zum richtigen, das heißt zum modernen Ofen die richtige Kohlenart und Kohlensorte zu wählen. Auf diese Weise sichert er sich gegen zu hohen Brennstoffverbrauch und unsicheren Abbrand. Man soll sich dabei nach der Bedienungsvorschrift richten, die jedem Käufer beim Kauf eines guten Ofens mitgegeben wird. Für den Hausbrand eignen sich die Sorten Nuß 2 und Nuß 3 sowie Eier- und Nußbriketts.

An anderer Stelle dieser Ausgabe berichten wir darüber, daß Mitte dieses Jahres in Holland von 100 gekauften Ofen 85 Kohleöfen und -herde waren und nur 15 Ölöfen. Nicht viel ungünstiger liegen die Verhältnisse in der Bundesrepublik. Diese Tatsache beweist, daß der Verbraucher nach wie vor der Verwendung fester Brennstoffe in den Haushalten den Vorzug gibt. — Die Kohle hat auf dem Markt zwar Einbußen durch das Vordringen des Öls erlitten, aber wir sind überzeugt, daß sie trotzdem ihre dominierende Stellung als Energieträger nicht verlieren wird. Die Fortschritte in der Heizungstechnik werden das Ihre dazu beitragen, wie die Bemühungen des Bergbaus, die Qualität der Kohle weiter zu verbessern.

Moderner Kohleofen mit automatischer Regelung





Oberförster Dilles und Werksredakteur Schmidt vor dem Forsthaus Adelsgaß

Dafür möchten wir

Die Werkserholungsfahrten nach Inzell
705 Belegschaftsmitglieder und 763

Ein Wunsch der Belegschaft wurde erfüllt

Als sich vor einem Jahr auf Wunsch vieler Belegschaftsmitglieder die Zeche dazu entschloß, für die Werkserholungsfahrten 1960 einen neuen, im bayerischen Gebirge gelegenen Erholungsort auszuwählen, wurde ein erhebliches Risiko eingegangen. Ein Teil der Mittel, die in den früheren Jahren zur Unterbringung und Verpflegung verwendet werden konnten, würden auf die Transportkosten entfallen, die etwa dreimal so hoch veranschlagt wurden wie bisher. Hinzu kam noch, daß es schwierig schien, im überlaufenen oberbayerischen Fremdenverkehrsgebiet den Urlaubsort zu finden, der in jeder Hinsicht die Voraussetzungen erfüllte, die die Zeche an ihn stellen mußte. — Die Angebote der angeschriebenen Erholungsorte, die alle ihre Vorzüge anpriesen, in den Verpflegungs- und Unterkunftssätzen aber große Unterschiede aufwiesen, mußten sorgfältig geprüft werden.

Nach Abwägung aller Gesichtspunkte wurde eine Vorentscheidung getroffen. Danach kamen nur noch einige Gemeinden in Betracht, und es wurde beschlossen, an Ort und Stelle die Verhältnisse zu überprüfen. Anfang November ging deshalb der Arbeitsdirektor mit mehreren Mitgliedern des Betriebsrates auf die Reise, um den ihnen am günstigsten erscheinenden Ort auszuwählen.

Die Wahl war gar nicht so schwer. Sie fiel einstimmig auf Inzell an der Deutschen Alpenstraße. Dort waren die Voraussetzungen zur Unterbringung unserer Urlauber ausgezeichnet, der Ort und seine Umgebung so schön, daß jeder die Gewißheit bekam, hier müßten sich unsere Bergleute und ihre Angehörigen wohl fühlen. In dieser Gewißheit wurden die Teilnehmer der Fahrt nach Überprüfung der Quartiere und Kontaktaufnahme mit der Bevölkerung noch bestärkt. — Die Quartiere erwiesen sich durchweg als geeignet und die Leute als zuvorkommende, aufrichtige und liebenswerte Menschen.

Bei den Besprechungen mit dem dortigen Verkehrsverein, dem Bürgermeister und Mitgliedern des Gemeinderates konnten wir darauf hinweisen, daß in den vergangenen Jahren im Durchschnitt etwa 900 Personen an unseren Erholungsfahrten teilgenommen hatten; für einen Personenkreis in diesem Umfang wurden Abmachungen zur



Alle Hückelhovener
dessen Humor und
Verschönerung ihres

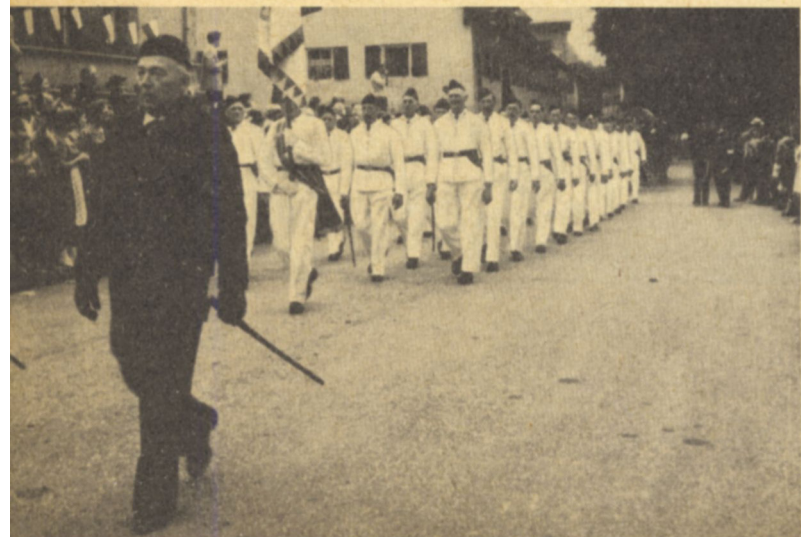


Dorfmitte von Inzell mit Kirche



Die letzte Gruppe Urlauber

Österreichische Salzbergleute in einem Festzug in Berchtesgaden



Links und rechts: Die roman
Mitte: Spazierweg um den Fall



ns herzlich bedanken

und Flintsbach waren ein voller Erfolg.

Familienangehörige nahmen daran teil



Urlauber kennen Friedel, Hilfsbereitschaft viel zur Urlaubsbeitrag

Unterbringung im 14tägigen Turnus von Mitte Mai bis Ende September getroffen.

Viel mehr Anmeldungen als früher

Aber die Meldezahlen zeigten schon Mitte März, daß für die Fahrten nach Inzell mit einem erheblich größeren Personenkreis gerechnet werden mußte als in den vergangenen Jahren. Die Zahlen kletterten von Tag zu Tag höher; infolgedessen mußte mit dem Verkehrsverein Inzell eine ergänzende Abmachung getroffen werden, nach der mehr Urlauber als ursprünglich vorgesehen geschickt und nicht alle 14 Tage, sondern jede Woche ein oder zwei Busse nach dort fahren würden. Der Verkehrsverein sagte zu, im Rahmen des Möglichen dem verstärkten Andrang Rechnung zu tragen.

Nicht alle konnten in Inzell untergebracht werden

Am 13. Mai startete der erste Bus mit 41 Urlaubern nach Inzell. Hinzu kamen noch zwei Ehepaare, die ihren eigenen Wagen benutzten. Am 20. Mai fuhr der zweite Bus mit 40 Teilnehmern, zu denen wiederum zwei Ehepaare kamen, die im Pkw fuhren. Von der dritten Fahrt ab mußten zwei Busse eingesetzt werden, die insgesamt 84 Urlauber aufnehmen konnten. Die Meldungen für die Fahrten ab Ende Mai schwankten aber zwischen 95 und 110 Personen, und es war nur möglich, alle Terminwünsche zu befriedigen, weil jedesmal mehrere Urlauber und ihre Angehörigen die Reise mit dem eigenen Wagen unternahmen.

Anfang Juni teilte uns der Verkehrsverein Inzell mit, daß er sich zwar weiterhin bemühe, mehr Erholungsurlauber unseres Werkes unterzubringen, als ursprünglich vorgesehen worden sei, es sei ihm aber unmöglich, in der Hauptsaison die doppelte Teilnehmerzahl aufzunehmen. So standen wir vor der Wahl, entweder einen Teil der angemeldeten Belegschaftsmitglieder mit ihren Angehörigen zu streichen, oder nach einem zweiten Urlaubsort Ausschau zu halten. Die Aussicht, diesen zu finden, war aber gering. Endlich, und eben noch rechtzeitig, zwei Tage vor der Abfahrt, fanden wir in Flintsbach am Inn Unterkunftsmöglichkeiten, die denen in Inzell ähnelten. Der dortige Verkehrsverein zeigte zunächst wenig Neigung,

Die Weißbachschlucht. In der Flintsbach



Auf dem Wendelstein



Beliebtes Wanderziel war das Forsthaus Adelsgaß



In diesen schmucken Häusern in Flintsbach wohnte ein Teil unserer Urlauber

Die Sonntagskonzerte der Inzeller Bauernkapelle waren sehr beliebt



unsere Urlauber aufzunehmen, aber nach einer Zusage für das Jahr 1961 gelang es doch, daß ab 17. Juni jede Woche ein Bus mit etwa 45 Teilnehmern nach Flintsbach bzw. ins benachbarte Fischbach geschickt werden konnte.

Flintsbach und Fischbach sind ausgesprochene Gebirgsdörfer. Sie liegen in den Bayerischen Alpen unweit Rosenheims und sind vom Fremdenverkehr noch nicht zu sehr überlaufen. Der höchste Berg in der Nähe ist der Wendelstein. Von beiden Orten darf das gleiche wie von Inzell gesagt werden: sie haben eine wunderschöne Umgebung, die Bewohner sind freundlich und zuvorkommend und die Quartiere entsprechen durchweg den Erwartungen. —

Auch dort gibt es zahlreiche Gelegenheiten zu Wanderungen ins Alpenland und zu Fahrten ins benachbarte Österreich oder an die großen bayerischen Seen.

Alle haben sich gut erholt

Aus diesem Urlaubshalbjahr liegen zahlreiche Berichte vor. Ubereinstimmend wird von allen Fahrern betont, sie seien nach den zwei Wochen Urlaub prächtig erholt nach Hückelhöfen zurückgekommen. In Inzell, Flintsbach und Fischbach hätten sie einen großartigen Menschenschlag angetroffen und die Quartiere ließen keinerlei Wünsche offen. Auch mit der Verpflegung könne man zufrieden sein. Das System, auf Marken in Gasthäusern zu essen, wo es einem beliebt, habe sich im großen und ganzen bewährt.

Viele Arbeitskameraden waren in diesem Jahre zum ersten Male im Hochgebirge. Manche von ihnen konnten der Versuchung nicht widerstehen, die eine oder andere Bergwanderung zu unternehmen, obwohl sie wußten, daß sie damit Beschwerden und Risiken in Kauf nahmen. Die es taten, waren hinterher voller Begeisterung, auch wenn bei der Bergtour ihr Schuhwerk in Fetzen ging. — Einen Ausgleich für diese anstrengenden, meistens einen ganzen Tag dauernden Touren waren die Spaziergänge in der Nähe der Urlaubsorte, entweder durch die Wälder, oder am Fuße der Berge, oder zu einem in der Nähe gelegenen See. Dazu kamen dann noch Tagesausflüge mit dem Bus nach Berchtesgaden, ins Salzburger Land, die Vier-Seen-Rundfahrt ins Salzkammergut, oder eine Fahrt zum Großglockner.

Die uneingeschränkte Zustimmung, die die Wahl der beiden Urlaubsorte in unserer Belegschaft gefunden hat, war ausschlaggebend dafür, daß sie auch für die nächstjährigen Urlaubsfahrten beibehalten werden. Inzell und Flintsbach sind zu Begriffen innerhalb der Belegschaft geworden. Dazu hat nicht nur die schöne Landschaft beigetragen; einen erheblichen Anteil daran haben auch die engen Kontakte, die zwischen unseren Urlaubern und ihren Quartierswirten jetzt bestehen. Fast alle, die in diesem Jahre in Oberbayern gewesen sind, möchten die Fahrt noch einmal wiederholen.

Dank an das Werk

1953 wurden die Werkserholungsfahrten auf Sophia-Jacoba eingerichtet. Die Teilnehmerzahlen sind von Jahr zu Jahr gestiegen und haben in diesem Jahre mit insgesamt 1468 Personen einen Rekord erreicht. Unter ihnen waren 705 Belegschaftsmitglieder, für die das Werk die Kosten für Transport, Unterbringung und Verpflegung übernommen hat. Diese Zahl wäre noch um rd. 100 höher, wenn nicht aus betrieblichen und anderen Gründen ab Juli Streichungen erfolgt wären. Zu ihnen kommen noch 763 Familienangehörige — in der Mehrzahl Frauen und Kinder —, denen der Erholungsaufenthalt in den bayerischen Bergen besonders gut getan hat.

Die Werkserholungsfahrten sind eine soziale Einrichtung. Die Mittel, die Aufsichtsrat und Grubenvorstand dafür zur Verfügung stellen, sind beträchtlich. Ein bescheidener Dank dafür soll unsere Werkstreue sein und das aufrichtige Wollen zur treuen Plichterfüllung. — Darüber hinaus gebührt allen Männern Anerkennung, die die Fahrten vorbereitet und für ihre reibungslose Abwicklung Sorge getragen haben.

Auf Abschiedsabenden in Flintsbach und Inzell würdigte Arbeitsdirektor Pöttgens das tadellose Verhalten unserer Urlauber. Dabei zollte er aber auch den beiden Verkehrsvereinen bzw. ihren Geschäftsführern Anerkennung und Lob für gute Unterbringung und vorzügliche Betreuung unserer Urlauber in ihren Gemeinden. Die Tatsache, daß viele Bände herüber und hinüber geschlungen worden seien, beweise, daß sich die Hückelhöfener Bergleute und ihre Angehörigen in Oberbayern wohlgeföhlt hätten. Sie würden deshalb im nächsten Jahre wiederkommen.



Flintsbach mit Kaisergebirge

Mit den Augen eines Wanderers ...

Ein Aufstieg auf den Gamskogel bei Inzell

Obwohl das Wetter nicht gerade so aussah, als verspreche es einen schönen Tag, wagten wir am 5. Juli den Aufstieg zum 1762 m hohen Gamskogel bei Inzell. Wir waren eine Gruppe Urlauber aus Hückelhoven und wollten deshalb nicht nach Hause zurückkommen, ohne das Erlebnis einer Bergbesteigung gehabt zu haben.

Am Abend vorher gingen wir schon früh zu Bett. Und als wir am anderen Morgen aufwachten, regnete es leise. Zweifel kamen, ob es noch Sinn habe, die Bergtour zu wagen. Eine „Sie“ gab schließlich den Ausschlag. Wir wagten es und sollten es nicht bereuen.

Gegen 8 Uhr begann der Anstieg bei der wunderschön gelegenen kleinen Kirche in Einsiedl. Nachdem wir kurz in die Kirche hineingegangen waren, ließen wir sie zur linken Hand liegen und gingen über eine große Wiese auf den prächtigen Tannenwald zu, der den Gamskogel umsäumt.

Das Wetter schien nun doch noch gut zu werden. Es regnete nicht mehr.

Die erste Wegstrecke ist felsig und steil. Wir waren froh, daß wir dicke Strümpfe und derbe Schuhe angezogen hatten.

Schon bald umging uns die Einsamkeit des Berges. Außer dem Knirschen der Steine unter unseren Schuhen hörten wir nur den Wind in den Bäumen, das Gemurmel eines Wildbachs und das Zwitschern von Vögeln, die in hellen Scharen den Hochwald um den Gamskogel bevölkern.

Eine Jagdhütte ließen wir rechts am Wege liegen. Ein Stück ging es noch geradeaus, dann kamen wir auf einen steilen Pfad, der eng und felsig und — gefährlich war. Das sollten wir noch kennenlernen.

Nach einer guten Stunde Wanderung hatten wir den Hochwald mit seinen großen Tannen fast hinter uns. Die ersten Ermüdungserscheinungen stellten sich ein. Es tat gut, stehen zu bleiben. Dabei konnten wir die steilen Felswände bewundern und den Blick in die Ferne schweifen lassen. Von hier aus konnten wir schon weit über das wunderschön im Tal gelegene Inzell hinwegsehen. Zur rechten Hand sahen wir die Bäckeralm auf fast gleicher Höhe. Wir waren 1100 m über dem Meeresspiegel, also schon 400 m gestiegen. Wenn wir nach links blickten, lag der Große und Kleine Kienberg vor uns.

Unser Pfad führte höher, an einem Felsvorsprung, auf dem eine Bank steht, vorbei. Allmählich wurden wir ungeduldig. Doch dann blickten wir auf und sahen eine wunderschöne Alm vor uns liegen, eingerahmt von mächtigen Kalksteinfelsen: die Kohleralm! Sie sah so schön aus, daß wir glaubten, ein Bild aus einem Film vor uns zu sehen. — Die Kohleralm liegt etwa 1300 m hoch und versinkt in einer vom Wind geschützten Mulde. Rechts steht die Almhütte, ein wahrhaft schmuckes Häuschen! Auch in ihrem Inneren spiegelt sich peinliche Sauberkeit. Nachdem wir die Sennerin begrüßt hatten, nahmen wir unser Frühstück ein. Dazu gab es frische Milch, die in dieser Höhe besonders mundete. — Als wir uns ins Almbuch eingetragen hatten, machten wir uns zum weiteren Aufstieg fertig.

Noch mehrere 100 Meter waren zu überwinden, dann hatten wir unser Ziel erreicht: das Kreuz auf dem Gamskogel.

Nun ging es in engen Serpentinaugen den steilen, aber gut markierten Hang hinauf. Immer wieder blickten wir aber auf die Alm zurück, bis der vor uns liegende Staufen



Die Hütte auf der Kohleralm

den Blick ins Tal freigab. Von hier aus konnten wir weit in die Runde des schönen Landes sehen.

Nach ein paar Windungen auf steinigem Felsen sahen wir unser Ziel vor uns: das Kreuz auf dem Gipfel des Gamskogel. Aber wir hatten noch ein gutes Stück zu klettern, und der Pfad führte nun an Steilhängen vorbei. — Links und rechts sahen wir Almenrausch und Heidekraut. Und im Schatten von vereinzelt stehendem Ginster (gelbe Pantöffelchen), die beliebten Almveilchen. Auch den blauen Enzian gibt es hier oben noch, obwohl er im Tal längst nicht mehr blüht. Und wir trauten unseren Augen nicht: sogar das beliebte Edelweiß sahen wir. Aber die Blüte war schon etwas verwettert.

Als wir über 1600 m hoch waren, wehte uns ein frischer, kalter Wind um die Ohren. Unserem Ziel kamen wir immer näher. Wir sahen es kaum einen Steinwurf vor uns. Und doch war es noch so weit ...

Endlich war der Gipfel erreicht. Müde und abgespant und doch überglücklich darüber, daß wir diesen stattlichen Berg geschafft hatten, setzten wir uns am Fuße des Kreuzes nieder.

Hier oben war die Aussicht, um die wir hauptsächlich diesen mühseligen Weg gewagt hatten; wir saßen auf der Felskanzel. Steil, fast senkrecht fällt der Hang nach rechts ins Einsiedl. Und direkt vor unserem Blick im Hochtal das kleine und doch so schöne Bergdorf Inzell! Inzell an der Deutschen Alpenstraße! Weit hinten am Horizont erblickten wir den sich 15 km ausdehnenden Chiemsee.

Wir drehten uns nach der anderen Seite. Und nun sahen wir ein Bild, wie man es sich nicht großartiger vorstellen kann: das Berchtesgadener Land mit seinen Wäldern, Bergen und Seen. Ein unvergeßlicher Anblick!

Nun machten wir uns an den Abstieg. Die ersten 40 m waren steil und gefährlich. Doch dann ging es besser, langsamer und sicher bergab bis zur Alm, dann immer schneller durch die Tannenwälder und über Wiesen ins Inzeller Tal hinein.

Wir haben den Aufstieg so geschildert, wie wir ihn erlebt haben. Der geübte Bergsteiger würde über diesen Bericht wahrscheinlich lächeln, aber für uns Anfänger war er gefährlich und beschwerlich. Trotzdem bereuen wir ihn nicht. Denn dieser Aufstieg zum Kreuz auf dem Gamskogel war für uns alle ein Erlebnis, das immer wach in uns bleiben wird.

H. A.



WISST IHR SCHON Kameraden...

... daß das Interesse für die Arbeit im Bergbau wieder angestiegen ist? Nach einer Mitteilung des Arbeitsamtes Bochum konnten im September mehr Arbeiter in den Bergbau vermittelt werden als im Monat zuvor.

... daß nach einer Meinungsumfrage, die der Unternehmensverband Ruhrbergbau über das Ansehen des Steinkohlenbergbaus veranstaltet hat, dieser von der Bevölkerung als wichtigster heimischer Energieproduzent anerkannt wurde? Der Beitrag der Kohle zum Wiederaufbau nach 1945 und die Bemühungen des Bergbaus, die deutsche Wirtschaft mit Energie zu versorgen, werden hoch eingeschätzt. Der größte Teil der Befragten hält den Steinkohlenbergbau für unentbehrlich. 58% vertraten die Auffassung, der Kohle müsse zur Überwindung ihrer Schwierigkeiten mit staatlichen Maßnahmen, wie dem Kohlenzoll und der Heizölsteuer, geholfen werden, während nur 29% meinten, der Bergbau könne mit seinen Krisenfolgen selbst fertig werden. — 69% aller Befragten vertraten die Auffassung, der deutsche Kohlenbergbau müsse so krisenfest gemacht werden, daß er im Falle internationaler Verwicklungen in der Lage sei, die deutsche Wirtschaft ausreichend mit Kohle zu versorgen.

... daß der Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie die Bundesregierung aufgefordert hat, dafür zu sorgen, daß der am 31. Dezember dieses Jahres auslaufende Kohlenzoll auf Importkohle beibehalten wird. Die Gewerkschaft begründet ihre Forderung mit dem Hinweis, dadurch werde die wirtschaftliche Stabilität des Steinkohlenbergbaus gesichert und die soziale Ruhe unter der Bergarbeiterschaft gewährleistet.

... daß der Kohlenabsatz des Ruhrbergbaus in den ersten fünf Monaten dieses Jahres bei einzelnen Verbrauchergruppen zugenommen hat, während er bei anderen weiter zurückging. Bei den Strom-, Gas- und Wasserwerken sowie bei der Stahlindustrie stiegen die Absatzziffern, bei der Gruppe Verkehr, Hausbrand und Kleinverbrauch sanken sie weiter ab.

... daß nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in den Niederlanden der Kohlenofen wieder im Vormarsch ist. Während 1957 und 1958 in Holland ein fühlbares Vordringen des Ölofens festgestellt wurde, änderte sich 1959 und 1960 das Verhältnis wieder zugunsten der Kohlenheizgeräte, und Mitte 1960 betrug die Relation Kohlenöfen und -herde zu den Ölöfen 85:15. — Man glaubt, daß diese Wirkung vor allem auf die in den letzten Jahren ständig verbesserten Ofen und Herde zurückzuführen ist. Die Bemühungen der Geräteindustrie, Kohlenöfen mit erheblich höheren Wirkungsgraden auf den Markt zu bringen, wurden von den holländischen Staatsmijnen tatkräftig unterstützt.

... daß nach einer Erklärung des französischen Bauministeriums im staatlichen Wohnungsbau Frankreichs die Kohleheizung überwiegt? Von 12 730 Neubauwohnungen, die 1958 und 1959 in Paris fertiggestellt wurden, wurden 19 776 Zimmer oder 53% mit Kohlenöfen und nur 6212 Zimmer oder 16,6% mit Ölöfen eingerichtet. 11 395 Zimmer oder 30,4% wurden an Fernheizungsanlagen angeschlossen, die mit verschiedenen Brennstoffen beschickt werden.

... daß der Vertreter einer der größten englischen Lebensmittel- und Konservenfabriken erklärte, die Kohle sei auch heute noch der geeigneteste und wirtschaftlichste Brennstoff für die Betriebe dieses Unternehmens? Die Unternehmensleitung sei nach sorgfältiger Prüfung aller Möglichkeiten zu diesem Schluß gekommen.

... daß im laufenden Jahre in England über 4 Mill. t Kohle mehr verbraucht wurden als in der entsprechenden Zeitspanne des vergangenen Jahres? Bei keiner Verbrauchergruppe wurde ein Rückgang verzeichnet. Die höhere Stromerzeugung erforderte einen zusätzlichen Bedarf von 2,5 Mill. t, und die Kokereien verbrauchten 2 Mill. t Kohle mehr gegenüber der entsprechenden Zeitspanne von 1959.

... daß im Bundesgebiet 90% aller Wohnungen mit Einzelöfen und nur 10% mit Zentralheizungsanlagen ausgerüstet sind? Bei den Neubauten hat sich das Verhältnis zugunsten der Zentralheizung auf 15% verschoben.

... daß in der Nähe von Oviedo in Spanien in 1970 m Höhe ein Anthrazitvorkommen entdeckt worden ist, das nach einem Bericht der „Charbonnages de France“ eine Jahresförderung von ca. 350 000 t erbringen soll?

... daß die japanische Homboku-Bergwerksgesellschaft jetzt auf der Insel Hokkaido einen Schacht fertiggestellt hat, der mit 1377 m der tiefste Schacht Japans ist? Der Schacht soll eine Förderkapazität von 1,2 Mill. t pro Jahr haben und vollautomatisch betrieben werden.

... daß nach einer Erklärung von Bundesverkehrsminister Seehofer bis 1970 das Straßennetz der Bundesrepublik im wesentlichen den Verkehrsbedürfnissen angepaßt sein soll?

... daß die Bundesregierung bisher Globalforderungen von Nachbarländern zur Wiedergutmachung in Höhe von 709 Mill. Mark anerkannt hat? Die globale Wiedergutmachung gegenüber Israel beträgt 4 Mrd. Mark; die Einzelwiedergutmachung, wie sie im Bundesentschädigungsgesetz und im Bundesrückerstattungsgesetz niedergelegt ist, wird auf 16 Mrd. Mark geschätzt.

... daß 1959 in der Bundesrepublik bei Verkehrsunfällen 403 988 Menschen verletzt wurden und 13 515 ums Leben kamen.

... daß im neuen Straßenverkehrsrecht vorgesehen ist, daß künftig auch Mopedfahrer die Fahrerlaubnis entzogen werden kann? Das Kraftfahrt-Bundesamt verspricht sich von dieser Maßnahme eine erzieherische Wirkung auf Mopedfahrer.

... daß die Elektrifizierung der Eisenbahnlinie Hamburg—Hannover—Frankfurt a. M. in etwa vier Jahren beendet sein soll.

... daß von 1950 bis einschließlich 1959 in der Bundesrepublik rund 291 Mrd. DM gespart worden sind? Hier-von entfallen rund 25% auf private Haushalte, rund 35,5% auf Unternehmen der Wirtschaft und rund 39,4% auf die öffentliche Hand.

Frohe Tage der Hilfarther Siedler

Die Siedlungsgemeinschaft Hilfarth veranstaltete vom 3. bis 5. September ihr diesjähriges Siedlerfest. Es waren Tage echten Frohsinns und ein Zeugnis für den guten Gemeinschaftsgeist, der die Bewohner unserer größten Zechensiedlung miteinander verbindet.

Das Siedlerfest begann am 2. September abends mit einem Ball im Festzelt. In seiner Begrüßungsansprache richtete der Vorsitzende der Interessengemeinschaft, Hellmut Turnau, ein besonderes Grußwort an den Vertreter der Hückelhovener Bergmannswohnungsbau-GmbH, Zechenbaumeister Bliersbach, und den stellvertretenden Bürgermeister der Großgemeinde, das Ratsmitglied Schulte-Braucks.

Beide Herren sprachen während des Abends, der sich durch Geselligkeit und Harmonie auszeichnete, zu den Siedlern und ihren Frauen. Sie betonten übereinstimmend, es sei besonders erfreulich, daß die Siedlung mit dem Dorf immer fester zusammenwachse, so daß festgestellt werden dürfe, das gute Einvernehmen zwischen den Bewohnern des Dorfes und der Siedlung fördere den Gemeinschaftsgedanken innerhalb der Großgemeinde. — Ein Höhepunkt des Abends war die Verlosung von vielen schönen und wertvollen Preisen, die die Hilfarther Geschäftswelt gestiftet hatte.

Zum Frühschoppen am Sonntagmorgen hatten sich viele Hilfarther aus dem Dorf und aus der Siedlung eingefunden. Der Nachmittagsball zeigte nicht gerade so viele Besucher, aber am Abend herrschte wieder im Festzelt im wahrsten Sinne des Wortes Hochbetrieb. Viele Besucher mußten wegen des zu starken Andranges mit einem Stehplatz vorliebnehmen.

Am Montagmorgen wurde der traditionelle Klompeball abgehalten, der besonders auf die tanzfreudige Jugend starke Anziehungskraft ausübte.

Alles in allem darf rückblickend gesagt werden, daß auch das diesjährige Siedlerfest in Hilfarth ein voller Erfolg gewesen ist. Seinen Veranstaltern gebührt dafür Dank und Anerkennung.

H. H.



Zechenbaumeister Bliersbach spricht zu den Hilfarthern



Der glückliche Gewinner des Hauptgewinnes der Verlosung war der Arbeitskamerad Peter Zei

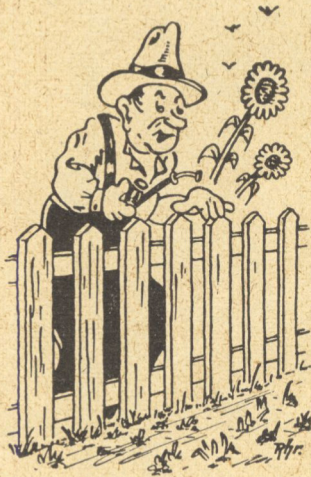


Auch leckere Preise wurden gewonnen

Bild links: Beim frohen Tanz — Bild rechts: Vorne im Bild von links nach rechts: Zechenbaumeister Bliersbach, stellvertretender Bürgermeister Schulte-Braucks und der Vorsitzende der Interessengemeinschaft Hilfarth, Hellmut Turnau



Blick über den Gartenzaun



Arbeiten im November/Dezember

Das Jahr ist nun bald zu Ende, und unser Garten wird immer kahler. Die Sonne scheint von Tag zu Tag spärlicher und die Arbeiten haben fast ganz nachgelassen. Doch solange der Boden noch offen ist — bei uns in der Regel den ganzen November hindurch bis etwa Mitte Dezember — kann gegraben werden.

Abgeerntete Parzellen wirft man in jedem Falle um, und zwar in groben Schollen, die bis zum Frühjahr so liegenbleiben, damit der Boden genügend Winterfeuchtig-

keit aufnehmen und gut durchfrieren kann. Das Umgraben im Herbst sorgt außerdem für eine genügend lockere Struktur des Bodens für die Frühjahrsbestellung.

Jedes zweite Jahr sollte unser Garten eine Stalldüngergabe von vier bis sechs Zentnern je Ar erhalten, und zwar mittlere und schwere Böden im Herbst, leichtere dagegen im Frühjahr, weil bei den letztgenannten die Zersetzung des Dungs schneller vonstatten geht.

Ersatzweise kann — weil heute Stalldung nur noch schwer zu beschaffen ist — Torf aufs Land gegeben werden. Man nimmt je Ar zwei bis drei Ballen, die leicht mit der Bodenoberfläche vermischt für eine ausgezeichnete Struktur sorgen.

Selbstverständlich können wir unseren Boden auch mit Komposterde verbessern, zumal Kompost einer der billigsten Gartendünger und verhältnismäßig leicht zu beschaffen ist. — Deshalb sollte in keinem guten Garten ein Komposthaufen fehlen. Abfälle jeder Art, soweit sie verwesen, dürfen unserem Garten nicht entzogen werden. In frischem Zustand sind diese Abfälle nicht nur wertlos für das Land, sondern in vielen Fällen sogar schädlich. Auf dem Komposthaufen werden sie aber in einen brauchbaren Gartendünger umgewandelt.

Geeignete Abfälle sind fast immer da, und zwar Gemüseabfälle, Asche, Knochen, Federn, Gras, Haare, Kalk, Kartoffelschalen, Küchenabfälle, Ruß, Laub, Schlachtabfälle, Schlamm, Unkräuter und Abortdünger. Zur Kompostierung dürfen jedoch nur gesunde Pflanzenabfälle verwendet werden. Kohlstrünke z. B. gehören nicht auf den Komposthaufen, weil durch sie der Verbreitung der Kohlhernie Vorschub geleistet werden kann.

Alle gesunden Stoffe werden zunächst wahllos, so wie sie sich finden, auf einem großen Haufen gesammelt. Spätestens vor Eintritt des Winters wird alles gründlich durcheinandergemischt und dann der Komposthaufen angelegt. Wichtig ist, daß dieser nicht höher als 1 Meter wird, damit der Luftsaurestoff genügenden Zutritt bekommt. Der Haufen darf auch nicht zu trocken werden. Deshalb ist es ratsam, ihn im Schatten eines Baumes anzulegen und ab und zu mit Jauche anzufeuchten. Um die Zersetzung zu beschleunigen, wird beim Umsetzen je cbm 1 bis 2 kg Brandkalk zugegeben. Nach zwei bis drei Jahren ist der Komposthaufen fertig und kann als Gartendünger verwendet werden.

Nun ist es auch an der Zeit, bei den Spargelbeeten das Kraut abzuschneiden. Auf keinen Fall darf man das schon im Oktober tun, weil bekanntlich an sonnigen Tagen alle Nährstoffe in den Blättern angesammelt und den Wurzeln für das kommende Jahr zugeführt werden. Abgeschnittenes Kraut muß verbrannt werden, soweit es von Spargelrost befallen ist.

Bei den sogenannten Dauergemüsen, wie Sellerie, Möhren, Rote Beete und Kohlrabi, müssen die Einwinterungsarbeiten bis Ende November zum Abschluß gebracht werden. Um ein Schrumpfen der Früchte über Winter zu verhindern (besonders bei Sellerie), überwintert man diese am besten in Erdmieten oder Erdgruben.

Mietbeihilfen

In Nr. 42 unserer Werkszeitung vom 15. 7. 60 brachten wir auf Seite 25 den Beitrag „Mietbeihilfen für kinderreiche Familien“. — Den in Frage kommenden Personenkreis bitten wir noch einmal, die Gewährung bei der Gemeindeverwaltung zu beantragen.

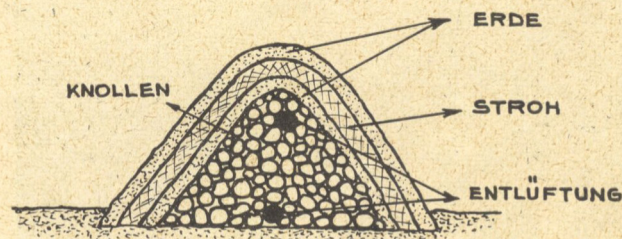
Außerdem kann jeder, für den die im letzten Sommer auf Grund des Gesetzes über das soziale Miet- und Wohnrecht erhöhte Wohnungsmiete eine soziale Härte bedeutet, bei der Gemeinde Antrag auf Gewährung einer Mietbeihilfe stellen. — Dort hört er auch, ob die Voraussetzungen zur Gewährung einer Beihilfe auf ihn zutreffen. Darüber hinaus erteilt unser Büro Wohnungsbau-Finanzierung im Bürgerhof an den Sprechtagen — jeweils donnerstags — über diese Fragen Auskunft.

Bitte an die Hausfrauen!

Zu Weihnachten wird sich wahrscheinlich die eine oder andere Hausfrau eine neue Nähmaschine wünschen. — Wir warnen vor Bestellungen bei Vertretern auswärtiger Firmen und wiederholen den Rat: „Einen Wochenlohn und mehr, den spartst Du ein, kaufst Du die Nähmaschine in unserer Werksmütterchule ein.“

Die Erdmiete kann auf dem Boden oder auch 20 bis 30 cm tief angelegt werden. Ihre Breite soll höchstens 80 bis 100 cm betragen, ebenso die Höhe. Es hat sich als vorteilhaft erwiesen, wenn zwischen die einzelnen Einlage-schichten trockener Sand gestreut wird. Der Sand hält nämlich die Knollen frisch und schützt gleichzeitig gegen Mäusefraß. Auf der Sohle der Miete werden Entlüftungen aus Stroh angebracht. Und später, wenn stärkerer Frost eingetreten ist, werden die Mieten mit Erde abgedeckt. Sind die Knollen darin aufgestapelt, genügt eine Erdschicht von 15 bis 20 cm Dicke; bei starkem Frost soll man die erste Schicht mit einer Lage Stroh und diese wiederum mit einer Schicht Erde abdecken. (Die untenstehende Zeichnung veranschaulicht die Anlegung einer zweckmäßigen Miete.)

Wenn im späten Herbst die Gartenarbeit zu Ende ist, sollten wir die blanken Teile an unseren Geräten dadurch vor Rost schützen, daß wir sie mit Öl oder Kalk bestreichen. So behandelt, sind sie im Frühjahr arbeitsfähig und brauchen nicht erst von Rostansätzen gesäubert zu werden.



Das Eigenheim in der sozialen Sicht

Aus einem Vortrag, den kürzlich Bundeswohnungsbauminister Paul Lücke in Köln hielt, veröffentlicht wir wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung für die Eigentumbildung innerhalb unseres Volkes den nachstehenden Auszug:

Rückblick auf die letzten zehn Jahre

Vor dem zweiten Weltkrieg gab es im heutigen Bundesgebiet ohne Saarland und ohne Berlin rund 10 $\frac{1}{2}$ Millionen Wohnungen. Nach dem Kriege waren davon 2,3 Millionen völlig zerstört oder unbewohnbar. Das war ein Fünftel des gesamten Wohnungsbestandes. In den Städten und industriellen Ballungsräumen waren die Verluste noch viel höher. Und in dieses zerstörte Gebiet strömten nach Kriegsende zuerst 8 Millionen Vertriebene und 1 $\frac{1}{2}$ Millionen Menschen, die aus der Sowjetzone kamen. Heute leben bei uns über 13 Millionen Vertriebene und Zugewanderte. Jeder vierte Einwohner der Bundesrepublik gehört also zu diesem Personenkreis.

Daraus ergab sich, daß nach der Währungsreform bei uns zunächst rund 5 Millionen Wohnungen fehlten. Man schätzte, daß bei Mobilisierung aller Kräfte etwa 250 000 Wohnungen in jedem Jahr gebaut werden könnten. Tatsächlich wurden aber 1950 schon 360 000 Wohnungen bezugsfertig. Im Jahre 1953 waren es das erstmal über $\frac{1}{2}$ Million. Seither ist diese Zahl jedes Jahr überschritten worden. Im vergangenen Jahr erzielten wir den Baurekord von 590 000 Wohnungen, die Bauleistungen Berlins und des Saarlandes eingeschlossen.

In diesem Jahr werden 550 000 Wohnungen, davon 300 000 im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues, bezugsfertig werden. Im nächsten Jahre werden wir auch wieder über 500 000 Wohnungen bauen. Das ist das Volumen, das wir in den nächsten Jahren halten müssen, wenn die Ziele des sogenannten „Abbaugesetzes“ erreicht werden sollen.

Noch wichtiger als die Höchstzahl der jährlichen Wohnungsbauleistung ist aber die Qualität der Wohnungen. Qualität geht vor Quantität, ganz besonders im Wohnungsbau!

Wir brauchen familiengerechte Wohnungen, in denen sich an Leib und Seele gesunde Familien entwickeln können. Leider mußten wir da am Anfang auf der Stelle treten, da es zunächst darum ging, jedem möglichst schnell das Dach über dem Kopf zu verschaffen. — 1950 betrug die durchschnittliche Wohnfläche noch 50 m². 1955 betrug sie schon 55 m². Erst den Auswirkungen des Wohnungsbau- und Familienheimgesetzes haben wir es zu verdanken, daß bei den Baugenehmigungen im Jahre 1959 eine durchschnittliche Wohnfläche von 70 m² erreicht wurde.

Es kommt aber nicht nur auf die reine Wohnfläche an: Die Zahl der Räume ist ebenso wichtig. — Größere Wohnungen nützen nichts, wenn nicht genügend Kinderschlafzimmer vorhanden sind. Auch hier ist eine Verbesserung nur Schritt für Schritt erreicht worden. 1952 entfielen noch zwei Drittel der bezugsfertig gewordenen Wohnungen auf Kleinwohnungen mit ein bis drei Räumen einschließlich Küche. Jahr für Jahr ist dann dieser Anteil der Kleinwohnungen heruntergedrückt worden. 1959 konnten wir mit Genugtuung feststellen, daß die Kleinwohnungen nur noch ein Drittel der Jahresbauleistung ausmachten.

Dazu kommt die ständige Verbesserung der Ausstattung. Gegenwärtig wird kaum noch eine Wohnung ohne Bad gebaut. Bei den Wohnungen vor dem ersten Weltkrieg sind es nur 8%, die ein Bad haben. Auch bei den zwischen den beiden Weltkriegen gebauten Wohnungen ist nicht einmal die Hälfte mit einem Bad ausgestattet worden.

Eigentum schaffen — Eigentum erhalten

Es war von Anfang an meine Devise: Eigentum schaffen — Eigentum erhalten! — Wegen unserer bedrohten Lage am

Eisernen Vorhang hängt unsere ganze Zukunft davon ab, daß es gelingt, individuelles Eigentum in möglichst viele Hände zu geben.

Das Wohnungsbau- und Familienheimgesetz hat diesen Grundsatz gesetzlich verankert. Es heißt dort: „Breite Schichten des Volkes sind durch die Bildung von Einzel Eigentum, vor allem in der Form von Familienheimen, mit dem Grund und Boden zu verbinden.“

Die Durchsetzung dieses Grundsatzes war nicht immer leicht. 1950 wurden im Bundesgebiet nur etwa 40 000 Eigenheime gebaut. Bis 1959 hat sich die Zahl der jährlich gebauten Eigenheime auf rund 160 000 erhöht, also vervierfacht. Insofern werden wir auch 1960 wieder das Jahresergebnis von 1959 erreichen.

Im Herbst des vergangenen Jahres konnte das einmillionste Eigenheim bezogen werden, das nach dem Krieg gebaut worden ist.

Im öffentlich geförderten Wohnungsbau waren 1959 25% aller Wohnungen Familienheime, und 30% gehörten zu den Eigentumsmaßnahmen, wenn man die Eigentumswohnungen dazurechnet. Im steuerbegünstigten und freifinanzierten Wohnungsbau hatte der Bau von Einfamilienhäusern in den letzten Jahren ein noch stärkeres Gewicht als im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau. Mehr als 40% aller Wohnungen, für die keine öffentlichen Mittel beansprucht wurden, waren Eigenheime.

Nun wäre es aber verfehlt, wenn wir daraus den Schluß zögen, daß es überwiegend die wohlhabenden Schichten sind, die sich ein Eigenheim leisten. — Wie stark der Wille zum eigenen Haus in den breiten Schichten unseres Volkes ist, zeigen Umfang und Anstieg des Bausparens. Ende 1959 liefen im Bundesgebiet und Berlin über 3 Millionen Bausparverträge mit einer Bausparsumme von insgesamt 46 Milliarden DM. Von dieser Summe entfielen nahezu 33 Milliarden DM auf noch nicht zugeteilte Verträge. Sie werden wesentlich sein für die Finanzierung des Eigenheimbaues in den nächsten Jahren.

Dieses Bild wird ergänzt durch die große Zahl bewilligungsreifer Anträge auf Förderung von Familienheimen. Mitte 1958 beliefen sich die damals unerledigten Anträge auf nicht ganz 80 000. Ende Juni 1959 war diese Zahl auf 115 000 angewachsen. — 115 000 Menschen wollten also für den Bau ihres Familienheims öffentliche Mittel und konnten noch nicht berücksichtigt werden. Mehr als die Hälfte der Antragsteller waren einkommensschwache Bauherren. Auch die weiteren Maßnahmen, die zur Förderung des Familienheimbaues eingeleitet wurden, haben ihre Bewährungsprobe bestanden.

Die Aktionen „Junge Familie“ und „Besser und schöner wohnen“ laufen zum Teil seit Anfang 1959. Bis zum 30. Juni 1960 sind Darlehen von insgesamt rund 176 Millionen DM mit diesen Kapitalmarktmitteln zinsverbilligt worden. Die Zinszuschüsse werden bis zu sieben Jahre gewährt. Sie haben manchem die Finanzierung seines Familienheims nicht nur erleichtert, sondern sehr oft erst ermöglicht. Diese Maßnahmen werden fortgesetzt, denn sie sind ein Beitrag zum Übergang zu neuen Finanzierungsnormen in der Wohnungsbauförderung, die mehr und mehr nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen ausgerichtet werden sollen.

Neben der Familienheimförderung war im Wohnungsbau noch ein anderes Problem zu lösen, nämlich die Unterbringung der Sowjetzonenflüchtlinge und Zuwanderer aus den Ostgebieten. In mehreren Sonderprogrammen wurden



Zwei Kaufeigenheime in unserer Siedlung in Gerderath (Vorderseite)



... und die Rückseite der beiden Häuser

von Anfang 1953 an gewaltige Summen zur Unterbringung dieser Personenkreise bereitgestellt. Betrag der Finanzierungsbeitrag des Bundes im Rahmen dieser Sondermaßnahmen anfangs 1500 DM je Wohnung, so stieg er von 1956 an erst auf 6000 DM, dann auf 8000 DM, und im Förderungsprogramm 1959 wandte der Bund im Durchschnitt mehr als 12 000 DM je Wohnung auf. Zur Zeit stellt der Bund 40% der festgestellten durchschnittlichen Gesamtkosten im öffentlich geförderten Wohnungsbau des jeweiligen Auffanglandes bereit und verbilligt weitere 10% der Finanzierung durch Zinszuschüsse über eine Zeit von fünf Jahren.

Unter großen Schwierigkeiten ist es uns gelungen, bei diesen Mitteln das verhängnisvolle „Kästchenprinzip“ aufzuweichen. Wäre es immer in den eingefahrenen Gleisen weitergegangen, so würden wir neue Getto-Städte in größtem Stile beschert bekommen. Ich habe es deshalb durchgesetzt, daß diese Mittel auch im Rahmen der allgemeinen Wohnungsbauprogramme eingesetzt werden können. Damit besteht auch für den „Normalverbraucher“ die Möglichkeit, aus diesem Fonds, beispielsweise für den Bau eines Familienheims, Mittel zu erhalten, wenn er Flüchtlinge in seiner freiwerdenden Altbauwohnung unterbringen kann. Ich glaube, daß jetzt endlich das Problem der Sondermittel in einer vernünftigen Weise gelöst ist. Es liegt nun an den Ländern, diese Möglichkeit auch zu nutzen.

Auf die bisherige Wohnungsbauleistung können alle daran Beteiligten stolz sein. Seit 1953 entsteht in unserem Lande in jeder Minute eine neue Wohnung, und seit Gründung der Bundesrepublik sind über 5 Millionen Wohnungen gebaut worden. Über 3 Millionen von ihnen haben die Merkmale des sozialen Wohnungsbaues. — In keinem anderen europäischen Land sind, im Vergleich zur Bevölkerung, in den letzten Jahren soviel Wohnungen gebaut worden.

Aber noch immer herrscht in manchen Orten Wohnungsmangel. Deshalb muß und wird weitergebaut werden, bis auch die letzten Reste der Wohnungsnot beseitigt sind. Das Ende ist jedoch jetzt schon abzusehen. Bei einem Fehlbestand von noch 1,2 Millionen Wohnungen wird die Wohnraumnot bis 1963 beseitigt sein, von einzelnen Ausnahmen abgesehen.

Aus diesem Grunde war es an der Zeit, den Übergang zur sozialen Marktwirtschaft vorzubereiten. Diesem Ziel dient das am 1. Juli dieses Jahres in Kraft getretene Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht (Abbaugesetz).

Stufenweiser Abbau der Zwangswirtschaft

Das Gesetz bietet die Handhabe zum Abbau einer Wohnungszwangswirtschaft, die mehr als 40 Jahre währte. Wenn keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, wird es spätestens am 1. Januar 1966 keine gebundenen Mieten, kein Mieterschutzgesetz in der jetzigen überalterten Form und auch keine Wohnungsämter mehr geben.

Während der Übergangszeit bleiben aber die Mieten noch preisgebunden. Freie Mieten gibt es frühestens vom 1. Juli 1963 an, jedoch nur in denjenigen Gebieten, in denen es praktisch keinen Wohnungsfehlbestand mehr gibt. Dieser Zustand gilt als erreicht, wenn das errechnete Defizit unter 3% liegt.

Die in diesem Sommer durchgeführten Mieterhöhungen wurden von der Mieterschaft mit Verständnis aufgenommen. Nach meiner Überzeugung wird sich die These der Bundesregierung bewahrheiten, nach der die Mieterhöhungen durch den fortlaufenden Zuwachs an Einkommen kompensiert werden. — Wo jedoch die Erhöhung der Miete im einzelnen Fall zu einer Härte geführt hat, bekommt der Mieter eine Mietbeihilfe.

Die Wohnungsämter werden aufgelöst

Während der Übergangszeit werden auch die Wohnungsämter aufgelöst. Bestimmte Altbauwohnungen sind schon seit dem 1. Juli 1960 nicht mehr bewirtschaftet oder werden auf Antrag des Vermieters von der Bewirtschaftung durch die Wohnungsbehörde freigegeben. Am 1. Oktober wurden bereits in 94 Kreisen der Bundesrepublik die Wohnungsämter geschlossen, weil in diesen bereits Ende 1959 kein oder nur noch ein geringfügiger Wohnungsfehlbestand vorhanden war. Der weitere Abbau der Wohnungsämter erfolgt Zug um Zug in denjenigen Stadt- und Landkreisen, in denen am 31. Dezember des vorhergegangenen Jahres nur noch ein statistischer Wohnungsfehlbestand unter 3% festgestellt wurde.

Diese Freigabe von der Wohnraumbewirtschaftung bedeutet jedoch vorerst nicht, daß auch die Mietpreisbindungen aufhören oder der Mieterschutz wegfällt. Bis zum 1. Juli 1963 hat die Freigabe lediglich die Bedeutung, daß das Wohnungsamt den Wohnraum nicht mehr erfassen und zuteilen kann. **Es gibt während dieser Zeit kein freies Kündigungsrecht des Vermieters.**

Das neue soziale Miet- und Wohnrecht

An die Stelle des veralteten Mieterschutzgesetzes wird nach der Übergangszeit das neue soziale Miet- und Wohnrecht treten. Die wesentlichste Änderung, die Vorschrift über die Kündigung eines Mietverhältnisses, die sogenannte Sozialklausel, hat der Deutsche Bundestag bereits beschlossen.

Danach kann auch bei einem freien Wohnungsmarkt der Mieter einer Kündigung widersprechen, wenn diese für ihn eine soziale Härte bedeutet. Außerdem ist die gesetzliche Kündigungsfrist erheblich erweitert worden. Sie beträgt bei einem Mietverhältnis von beispielsweise zehn Jahren Dauer ein ganzes Jahr. Weitere Änderungen von mieterrechtlichen Vorschriften, die das Bürgerliche Gesetzbuch betreffen, wird der Gesetzgeber in Kürze beschließen.

Damit erhält der Mieterschutz eine Form, die unseren modernen Anschauungen entspricht.

Der vorläufigen Regelung der Miet- und Lastenbeihilfen wird in Kürze die endgültige Regelung folgen. **Ein zweites Gesetz über Miet- und Lastenbeihilfen wird noch in dieser Legislaturperiode rechtzeitig eingebracht.** Dieses Gesetz wird sich nicht mehr nur auf Beihilfen für Mieterhöhungen beschränken, sondern jeder Familie den Bezug einer Wohnung mit dem notwendigen Mindestwohnraum wirtschaftlich ermöglichen. Ein Teil der endgültigen Lösung ist allerdings schon im Abbaugesetz enthalten. Das sind die Lastenbeihilfen. Jeder Eigentümer kann künftig eine Lastenbeihilfe erhalten, wenn durch Todesfall oder Arbeitsunfähigkeit wirtschaftliche Schwierigkeiten entstanden sind. Der Staat übernimmt dann den Teil der Belastung, den der Eigentümer nicht mehr aufbringen kann. Damit hat der Eigentumsgedanke in der Bundesrepublik eine Festigung erhalten wie nie zuvor. Denn neben der Schaffung des Eigentums wird durch die Lastenbeihilfen auch seine Erhaltung gesichert.

Das neue Bundesbaugesetz

Die Überführung der Wohnungswirtschaft in die soziale Marktwirtschaft setzt voraus, daß der bereits erwähnte Wohnungsfehlbestand bis 1963 im wesentlichen abgedeckt ist. Diesem Ziel dient das gleichzeitig mit dem Abbaugesetz erlassene Bundesbaugesetz.

Damit ist es endlich gelungen, ein einheitliches, neuzeitliches Städtebaurecht zu schaffen. Es beseitigt die bisherige Rechtszersplitterung, hebt zahllose veraltete baurechtliche Vorschriften auf, schafft Rechtsgrundlagen für eine Erneuerung unserer Städte und Dörfer, und womöglich die Anpassung der baulichen Entwicklung an die Erfordernisse unserer veränderten Lebensauffassung.

Liberalismus und Gründerzeit haben uns trostlose Mietskasernen, Hinterhäuser ohne Licht und Luft und ungeordnete Steinmeere ohne Grün hinterlassen. Hier hat der Mensch keine wirkliche Heimat, und hier kann die Familie nicht gedeihen! — Die Gestaltung der Städte nach neuzeitlichen Gesichtspunkten ist deshalb eine dringende Aufgabe.

Auflockerung, Durchgrünung, Neugliederung des Stadtbildes, Raum für gesunde, familiengerechte Wohnungen, Raum für Verkehr, Sport, Erholung, Verbindung der Familien mit Grund und Boden durch das eigene Heim — das ist die Aufgabe unserer Gesellschaftspolitik.

Voraussetzung dafür ist aber die Lösung der Bodenfrage. Und hier liegt der politische Schwerpunkt des Gesetzes. Sein Ziel ist die Schaffung eines sozialen Bodenrechts, das jedem den Zugang zu Grund und Boden sichert. — **Jeder muß sich Grundbesitz schaffen können, der willens und in der Lage ist, ihn seiner Bestimmung entsprechend zu nutzen.** Eigentum an Grund und Boden darf nicht mehr ein Privileg für begüterte Schichten sein.

Voraussetzung für die Lösung dieser Zukunftsaufgaben ist die Wiederbelebung des Bodenmarktes. Und hier greift das Bundesbaugesetz mit einem Bündel aufeinander abgestimmter, marktgerechter Maßnahmen ein, die das Ziel haben, der Bodenhortung und dem Bodenwucher entgegenzuwirken. — Die einzelnen Maßnahmen sind folgende:

1. Der Preisstopp für unbebaute Grundstücke wird aufgehoben, da er durch die Entwicklung überholt ist.
2. Die Erschließungsbeiträge werden in Zukunft schon mit der Herstellung der Straßen fällig und nicht erst bei einer Bebauung des Grundstücks. Dadurch erhalten die Gemeinden ihre Aufwendungen zeitiger zurückerstattet; sie brauchen die Erschließung nicht mehr lange Jahre vorzufinanzieren und können so schneller neues Land erschließen. — Auf der Seite des Eigentümers wird ein Angebotsdruck durch die sofortige Fälligkeit der Beiträge ausgelöst. Wirtschaftliche Vernunft zwingt dazu, die erschlossenen Grundstücke nicht länger baulich ungenutzt zu lassen, da sonst ein erheblicher Zinsverlust entstehen würde.

3. Ein weiterer Angebotsdruck wird durch die vier- bis sechsfach erhöhte Grundsteuer für baureife Grundstücke, namentlich für Baulücken und Trümmergrundstücke, erzeugt. Die Gemeinden können eine weitere Erhebung durch besondere Hebesätze vornehmen. — **Da eine Rückzahlung der Steuer nach Bebauung für einen Zeitraum von zwei Jahren vorgesehen ist, weil damit der Zweck der Steuer erreicht ist, werden soziale Härten vermieden (z. B. für Bausparer).**

4. Unabhängige Gutachterausschüsse werden gebildet, um den Bodenmarkt und seine Preisverhältnisse wieder übersichtlich zu machen. Durch objektive Gutachten über den Verkehrswert eines Grundstücks und durch Veröffentlichung von Kaufpreissammlungen können sich alle Interessenten über die tatsächliche Marktlage informieren.

5. Verpflichtung der Gemeinden, Bauland in ausreichendem Maße entsprechend dem tatsächlichen Bedarf auszuweisen und zu erschließen. Auch dadurch wird das Baulandangebot größer werden.

6. Das Vorkaufsrecht der Gemeinden für bestimmte Grundstücke, wenn der Besitzer keine ernstesten Bauabsichten hat, vermindert spekulative Grundstückskäufe. — Die Gemeinden sind aber zum Weiterverkauf an Bauwillige verpflichtet; damit wird ihnen die Erfüllung ihrer Aufgabe zur Baulandbeschaffung wesentlich erleichtert.

7. Mit Umlegung und Enteignung — letztere nur als äußerstes Mittel — stehen den Gemeinden weitere rechtliche Handhaben zur Bereitstellung von Bauland zur Verfügung.

Die Finanzierung des Wohnungsbaues

Bekanntlich sind bisher Milliardenbeträge aus Steuern und Lastenausgleichsabgaben in den Wohnungsbau geflossen. Daneben standen die mittelbaren Hilfen des Steuer- und Prämienrechts. — Im Zuge der Überleitung der Wohnungswirtschaft in die soziale Marktwirtschaft müssen diese Hilfen allmählich durch marktkonforme Hilfen ersetzt werden. Wir können sie aber nicht einfach von heute auf morgen wegwerfen. Es gibt vielleicht noch Möglichkeiten, sich der Entwicklung elastisch anzupassen.

Einiges ist schon erreicht worden. Die ausschließliche Förderung mit Kapitalsubventionen ist mehr und mehr der gemischten Förderung mit Kapital- und Zinssubventionen gewichen. Daran schließt sich, wenn bisher auch leider nur in wenigen Ländern, der Übergang zur Gewährung individueller Miet- und Lastenbeihilfen an. Diese individuellen Beihilfen werden jedoch auf weitere Sicht zwangsläufig als Instrument der Wohnungsbaufinanzierung in den Vordergrund rücken. Das endgültige Gesetz über Miet- und Lastenbeihilfen soll also nicht nur das soziale Miet- und Wohnrecht vervollkommen, sondern auch der Wohnungsbauförderung mit Miet- und Lastenbeihilfen neuen Auftrieb geben.

Hilfe für den „kleinen Mann“

Der starke Wille der Bevölkerung zum eigenen Heim, der in der Entwicklung des Bausparens und in der Zahl der unerledigten Anträge zum Ausdruck kommt, zwingt uns aber auch, uns darüber Gedanken zu machen, wie wir gerade dem kleinen Mann den Erwerb eines Eigenheims durch Verringerung seines Eigenkapitalanteils erleichtern können. In letzter Zeit ist jedoch der erforderliche Eigenkapitalanteil leider eher größer als kleiner geworden. — Zwar kann in der Regel mit den vielfältigen direkten und indirekten öffentlichen Hilfen der Wunsch nach dem eigenen Heim verwirklicht werden. Die staatlichen Hilfen sind aber für den kleinen Mann in ihrer Vielfalt kaum noch zu übersehen. Sie erfassen außerdem nicht alle Familienheiminteressenten in ausreichendem Maße. Es stellt sich demnach die Frage: Wie kommen wir auf längere Sicht zu einem einfacheren System der Familienheimförderung?

Es lohnt sich, diese Frage im Blick auf das Beispiel in den USA zu prüfen. Grob gesagt, besteht das amerikanische

System der Familienheimförderung darin, dem Eigenheiminteressenten durch das Garantieverprechen eines staatlichen Instituts eine bis zu 90% der Kosten des Familienheims gehende Fremdfinanzierung zu ermöglichen. Dadurch kann die sofort zu erbringende Eigenleistung auf 10% beschränkt werden. Das ist ein Eigenkapitalanteil, der gewiß auch dem kleinen Manne zugemutet werden kann. Im Vergleich dazu ist bei uns die Restfinanzierung ein Tummelplatz der verschiedensten Not- und Behelfslösungen.

Was stand nun der Anwendung des amerikanischen Systems bisher in der Bundesrepublik im Wege? — Als wesentlichste Hemmnisse möchte ich nennen:

1. die zunächst mangelnde Ergiebigkeit des Kapitalmarktes;
2. die relativ hohen Kapitalkosten;
3. die infolge der traditionellen Bauweise zu hohen Baukosten;
4. die Baulandpreise;
5. die Unterschiede im Einkommensniveau;
6. die zu engen Bürgschaftsgrenzen.

Es wäre verfehlt, diese Hindernisse als unabänderlich hinzunehmen; ebenso falsch wäre es, anzunehmen, daß sich die Probleme durch Beseitigung lediglich eines der genannten Hindernisse lösen lassen.

Zu den wichtigsten Punkten ist im einzelnen folgendes zu sagen: Die Ergiebigkeit des Kapitalmarktes hat sich seit der Währungsreform entschieden gebessert. Die gegenwärtigen Probleme, die der Praktiker natürlich vor Augen hat, sind das Ergebnis der konjunkturellen Überhitzung und damit eine vorübergehende Erscheinung. — Die laufende Kapitalbildung, die heute schon in großem Umfang durch Anleihen- und Darlehnstilgungen mitgetragen wird, ist gar nicht so gering, wie man aus den hohen Zinsen schließen könnte. Sie würde ohne weiteres dazu ausreichen, eine in vernünftigen Grenzen gehaltene Investitionstätigkeit zu wesentlich niedrigeren Zinskosten zu gewährleisten. Letzten Endes sind die gegenwärtigen Schwierigkeiten auf dem Kapitalmarkt, wie auch beiden Baukosten, nur die Folge unserer eigenen Maßlosigkeit. Man kann einfach nicht alles gleichzeitig haben wollen: jedes Jahr möglichst viele neue Wohnungen und zugleich die möglichst vollkommene Befriedigung aller Investitionswünsche im Straßenbau, im gewerblich-industriellen Bau sowie im kommunalen und privaten Bereich. Was den Wohnungsbau anlangt, sind mir 500 000 preiswert gebaute Wohnungen lieber als 600 000 um jeden Preis, das heißt überteuert gebaute Wohnungen! Mit einer Normalisierung des gesamten Bauvolumens und der Verhältnisse am Kapitalmarkt wäre ein sehr wesentlicher Beitrag zur Lösung aller Schwierigkeiten geleistet.

Über die unterschiedlichen Vorstellungen vom Eigenheim ließe sich sehr viel sagen. Das massenfertigerte Fertighaus, wie es in den USA üblich ist, schwebt mir nicht als Vorbild vor, obwohl wir auch hier noch manches lernen könnten. Andererseits werden bei uns die Möglichkeiten der Rationalisierung, insbesondere beim Bau von Reiheneigenheimen, keineswegs immer ausgeschöpft. Auch durch sorgfältige Standortwahl, durchdachte Planung und bessere Bauvorbereitung ließen sich die Baukosten für das Familienheim im Einzelfall sicher verringern.

Schließlich hätte ich die zu engen Bürgschaftsgrenzen als Hemmnis angeführt. Bekanntlich sind hier die Dinge durch die Bürgschaftsrichtlinien des Bundes in Fluß gekommen.

Diese Richtlinien geben den Ländern die Möglichkeit, bei Familienheimen und Eigentumswohnungen Kapitalmarktdarlehen bis zu 90% der Gesamtkosten zu verbürgen. Auf diesem Gebiet kann von den Ländern noch viel getan werden. — Je mehr Erfolge bei der Senkung der Bau- und Kapitalkosten erzielt werden — und hierzu scheint mir vor allem die Intensivierung der Rationalisierung noch manches beitragen zu können —, desto eher werden die Länder bereit sein, die Bürgschaftsgrenze hinaufzuschieben.

Trotz allem werden wir aber dem amerikanischen Beispiel nur teilweise folgen können. Insbesondere zwei Unterschiede lassen sich nicht ganz aus der Welt schaffen. Ich meine die Unterschiede im Einkommensniveau und in den Vorstellungen, wie ein Eigenheim aussehen soll.

Was das Einkommensniveau anlangt, so haben wir in der Bundesrepublik in den letzten 10 Jahren enorme Fortschritte zu verzeichnen. Der Vorsprung in den USA ist jedoch immer noch beträchtlich. Er wird sich auf weite Sicht nur ausgleichen lassen, wenn auch in Europa ein nicht mehr durch Zoll und andere Grenzen zersplitterter Wirtschaftsraum entstanden ist.

In gewissem Umfang wird auch weiterhin mit öffentlichen Mitteln geholfen werden müssen. Unbedingt notwendig erscheint es, die für die Eigentumsbildung so bewährten mittelbaren Hilfen und Anreize des Steuer- und Prämienrechts beizubehalten sowie das System der individuellen Beihilfen, namentlich die Miet- und Lastenbeihilfen als Instrument der Wohnungsbaufinanzierung auszubauen.

Gegenwartsprobleme der Wohnungsbaupolitik

Es wird in dem genannten Umfang weitergebaut, um das noch vorhandene Wohnungsdefizit bis 1963 — ausgenommen einige Brennpunkte des Bedarfs — zu beseitigen.

Nach dem Wohnungsbau- und Familienheimgesetz haben aber neben dem Bund auch die Länder und Gemeinden den sozialen Wohnungsbau als vordringliche Aufgabe zu fördern. Die Entwicklung der Steuereinnahmen seit dem vergangenen Jahre bietet Ländern und Gemeinden durchaus die Möglichkeit zu einer größeren Initiative auf diesem Gebiet. Hier möchte ich auf das erfreuliche Beispiel hinweisen, daß das Land Nordrhein-Westfalen mit der Gewährung 10jähriger Annuitätshilfen vor allem für Bauparer gegeben hat. Dieses System sollte in allen Ländern Schule machen. Überall sollte sorgfältig geprüft werden, wie es im Interesse des verstärkten Familienheimbaues übernommen werden kann.

Dem Privateigentum kommt für unsere soziale und staatliche Ordnung fundamentale Bedeutung zu. Denn Eigentum ist Verfügungsmacht innerhalb der durch das Zusammenleben in der Gemeinschaft gezogenen Grenzen. — Im Eigentum liegt damit die Wurzel der persönlichen Freiheit. Darum ist Eigentum an Haus und Boden für unsere christliche Gesellschaftsordnung die tragende Säule. Diese Eigentumsform ist für die breiten Schichten unseres Volkes am einfachsten über den Wohnungsbau zu erreichen.

Hier scheiden sich die Geister. Im sowjetischen Machtbereich gilt die Kollektivierung, also die Auflösung des privaten Eigentums und damit die Zerstörung der Ursprungszelle jeder Gemeinschaft: der Familie.

Wir dagegen wollen die Bildung von Privateigentum mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zum Schutze der Familie und der menschlichen Freiheit fördern.

Der Mensch darf somit nicht Objekt, sondern muß Subjekt des Baugeschehens sein. Die Familie muß das Ordnungsbild jeder Wohnungs- und Städtebaupolitik sein. Wirtschaftliche und finanzielle Gesichtspunkte müssen sich dem unterordnen. Vor allem gilt es aber, der kinderreichen Familie zum Familienheim zu verhelfen.

Familiengerechte Wohnungspolitik ist nur möglich, wenn sich alle Maßnahmen einer klaren und weitschauenden städtebaulichen Konzeption einfügen. Diese Konzeption muß ein besseres Zusammenleben der Menschen in einem wohlgedachten organischen Lebensraum ermöglichen, in einer Umwelt, in der vor allem unsere Kinder an Leib und Seele gesund leben können.

Blick vom Förderturm Schacht IV auf Alt-Wassenberg



Berglehrlinge des BLH besuchten das Kongo-Museum in Brüssel

Durch Vermittlung und mit Unterstützung der Fachstelle für kulturelle Bergmannsbetreuung im Bezirk Aachen wurde den Berglehrlingen und Bergjungleuten, die im Berglehrlingsheim in Millich untergebracht sind, eine Fahrt nach Brüssel ins Kongo-Museum ermöglicht. Sie fand am 24. September statt und war vorher durch einen Einführungsvortrag, den der Leiter der Fachstelle, Helmuth von Wernsdorff, gehalten hatte, gut vorbereitet worden. Darüber hinaus wurde das Interesse für diese große Schau noch verstärkt durch die zahlreichen Berichte über die Unruhen in diesem großen Lande des Schwarzen Erdteils.

Bei schönem Wetter fuhren wir durch Holland über Maastricht nach Brüssel. Auf dem Gelände der Weltausstellung wurden wir von Herrn Hemmerrechts von Radio Brüssel empfangen, der zunächst einen Überblick über die Geschichte und Struktur unseres Nachbarlandes Belgien gab und uns dann die Sehenswürdigkeiten von Brüssel zeigte. Auf der Stadtrundfahrt sahen wir das Königliche Schloß Laeken, das Parlamentsgebäude und noch viele andere interessante Bauten. Am Justizpalast verließen wir den Bus und gingen zu Fuß bis zum Marktplatz, der für einen Empfang des Königs festlich hergerichtet worden war.

Diesen Empfang erlebten wir zwar nicht, denn der Nachmittag war der Besichtigung des Kongo-Museums vorbehalten. Aber die wenigen dafür vorgesehenen Stunden reichten bei weitem nicht, um einen genauen Überblick über die Vielfalt der ausgestellten Dinge zu erhalten, die von Urwaldtrommeln, Schiffsmodellen, Pflanzen und Steinen bis zu den Briefmarken reichten. — Als wir das



Vor dem von einem herrlichen Park umgebenen Kongo-Museum

Museum verließen, waren wir uns alle einig, daß ein kurzer Nachmittag nicht genügt, um eine Schau in diesem großartigen Ausmaß kennenzulernen. Trotzdem hat sie uns manches Wissen über das große Land in Afrika vermittelt, und wir möchten deshalb denen danken, die uns diese Einsicht ermöglicht haben.

Auf der Rückfahrt wurde in Maastricht eine größere Pause eingelegt. Wir hatten Gelegenheit, etwa zwei Stunden an einem Tanzvergnügen teilzunehmen und machten hiervon gerne Gebrauch. Als wir in Millich wieder ankamen, hatten wir einen erlebnisreichen Tag hinter uns.

Knappenprüfung auf Sophia-Jacoba

Nach vorangegangener praktischer und schriftlicher Prüfung legten am 10. Oktober die nachstehenden acht Berglehrlinge unserer Zeche in der Berufsschule die mündliche Knappenprüfung ab: Günter Ort, Hans-Joachim Brustat, Wilfried Schack, Heinz Jansen, Horst Jansen, Gerhard Peschen, Bernd Sieg und Roland Schmitt.



In der praktischen Prüfung mußten die Lehrlinge bei je drei Arbeitsvorgängen ihre im Betrieb erworbenen Fertigkeiten unter Beweis stellen; die schriftliche Prüfung erstreckte sich auf die Fächer Fachkunde, Fachrechnen, Fachzeichnen und Bürgerkunde.

Am Ende der mündlichen Prüfung entschied der Prüfungsausschuß, dem u. a. die Herren Oberbergrat Keller vom Bergamt Aachen I, Bergschuldirektor Giesa und Betriebsdirektor Koch angehörten, daß alle Teilnehmer die Knappenprüfung bestanden hätten; gleichzeitig sprachen sie ihre Glückwünsche aus.

Betriebsdirektor Koch überreichte den jüngsten Knappen unseres Werkes die Knappenbriefe und Zeugnisse. In seiner anschließenden Ansprache wünschte er ihnen für die Zukunft alles Gute, betonte jedoch, daß mit der offiziell beendeten Lehrzeit die Zeit des Lernens noch lange nicht beendet sei. Die fortschreitende Technik stelle den Bergmann vor immer neue Aufgaben, und so müsse jeder danach trachten, sein Wissen und Können zu vervollkommen.

Im weiteren Verlauf seiner Ansprache versicherte Betriebsdirektor Koch den aufmerksam folgenden Jungknappen, daß die hervorragende Qualität unserer Kohle entscheidend für die Wirtschaftlichkeit unseres Werkes sei. Kein fleißiger Mitarbeiter brauche deshalb sorgenvoll in die Zukunft zu blicken. Wer auf Sophia-Jacoba seine Pflicht erfülle, finde bei uns immer einen gesicherten Arbeitsplatz. Darüber hinaus habe jeder junge und fleißige

Mensch die Möglichkeit, sich auf Kosten des Werkes weiterzubilden, um als Aufsichtsperson in eine gehobene Stellung zu kommen. — Betriebsdirektor Koch schloß seine Ausführungen mit dem Dank des Werkes an Lehrer und Ausbilder für ihre Arbeit im Dienste unseres Nachwuchses. Dem Ziel, tüchtige Bergleute heranzubilden, dient auch eine neue Bestimmung, nach der ab 1. Dezember 1960 für Berglehrlinge und Bergjungeleute im ersten Lehr- bzw. ersten Berufsjahr zwei Berufsschultage in der Woche eingelegt werden, und zwar bei voller Bezahlung des vorgesehenen Schichtlohnes.

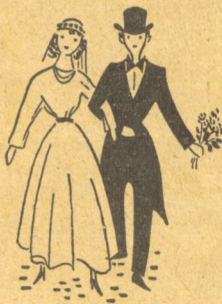
Den Jungknappen Heinz Jansen und Roland Schmitt konnte mit Zustimmung des Oberbergamtes wegen guter Leistungen und guter Führung im Betrieb die Lehrzeit um ein halbes Jahr verkürzt werden, so daß sie schon in diesem Herbst anstatt im nächsten Frühjahr die Knappenprüfung ablegen durften.

Urlaubsfahrten 1961

Belegschaftsmitglieder, die allein oder mit Familienangehörigen an einer Werkserholungsfahrt im nächsten Jahre nach Inzell oder Flintsbach teilnehmen wollen, werden gebeten, sich jetzt schon in die in den Betriebsratszimmern aufliegenden Listen eintragen zu lassen. Bis zum Jahresende müssen wir einen Überblick über die voraussichtliche Teilnehmerzahl haben, um Vereinbarungen über die benötigten Quartiere treffen zu können.

Teilnahmebedingungen und Fahrtermine werden bei der Anmeldung mitgeteilt.

Familiennachrichten



Wir gratulieren zur Hochzeit

Rooyen, Nikolaas, mit Maria Schulpen, am 9. 8.
Sprenger, Peter, mit Celia de Ruiter, am 10. 8.
Köllmann, Hermann, mit Hannelore Meyer, am 5. 8.
Buschmann, Wilhelm, mit Wilhelmine Löcker, am 11. 8.
Herold, Hans, mit Wilfriede Kreuz, am 19. 8.
Vollmuth, Walter, mit Gisela vom Ende, am 27. 8.
Wolters, Martin, mit Ursula Hupke, am 2. 9.
Mühlhaus, Paul, mit Gertrud Ungerecht, am 17. 9.
Schiffers, Josef, mit Anna Maria Tichola, am 1. 10.
Hirsch, Kurt, mit Katharina Herzog, am 30. 9.
Weiland, Robert, mit Martha Peters, am 20. 6.
Kania, Hans, mit Ingeborg Koslowski, am 23. 9.
Arlt, Richard, mit Gisela Marks, am 31. 8.
Tschauder, Wolfgang, mit Helga Derrer, am 6. 9.

Dohmen, Nelly, mit Lambert Voerste, am 14. 10.
Cirkel, Christian, mit Ursula Kreytenberg, am 11. 10.
Boisten, Rita, mit Dieter Gusday, am 27. 9.
Suckow, Heinz, mit Ingeborg Rick, am 6. 8.
Cremer, Adam, mit Ingrid Daumler, am 6. 8.
Lipka, Otto, mit Margarethe Horvath, am 29. 7.
Börsch, Emil, mit Rosalia Jetten, am 18. 8.
Bartos, Klaus, mit Monika Regina Galle, am 18. 8.
Ruhl, Winfried, mit Helga Weiß, am 19. 8.
Kurpick, Paul, mit Gisela Raka, am 13. 8.
Mommertz, Mathias, mit Gertrud Wienen, am 26. 8.
Gierthmühlen, Clemens, mit Marianne Wermuth, am 16. 7.
Steffan, Ernst, mit Christel Görke, am 5. 8.
Rupönus, Manfred, mit Edith Orzelski, am 22. 7.
Gisbertz, Robert, mit Betty Heinrichs, am 16. 7.
Fromm, Manfred, mit Charlotte Henschel, am 18. 5.
Zeitzen, Klaus, mit Katharina Esser, am 10. 9.
Finger, Erwin, mit Ingeborg Kroohs, am 24. 5.
Sowa, Herbert, mit Gertrud Oeben, am 21. 9.
Libuda, Harry, mit Annelore Krug, am 26. 8.
van Zyl, Henricus, mit Henrica Seerden, am 20. 9.
Reyners, Jan, mit Elisabeth Tobben, am 3. 10.
Küppers, Leo, mit Gertrud Venedey, am 7. 10.
Farin, Rudi, mit Charlotte Wiegel, am 7. 10.
Büttgen, Karl-Heinz, mit Christa Jentges, am 10. 10.
Wiescher, Hilde, mit Martin Jansen, am 14. 10.
Urbaniak, Johann, mit Katharina Paulussen, am 14. 10.
Behrends, Waldemar, mit Maria Gräfinholt, am 4. 11.



Herzlichen Glückwunsch

Ludwig
Maria Elisabeth
Horst
Friedrich
Monika
Josefine
Ulrike
Wilhelmine
Ute
Peter
Uwe
Magdalena
Brunhilde

Stromer, Adolf, am 4. 8.
Löcker, Hans, am 4. 8.
Ritzert, Franz, am 7. 8.
Killig, Hubert, am 8. 8.
Hennig, Paul, am 8. 8.
Blumberg, Karl, am 9. 8.
Haas, Hans, am 9. 8.
Vervoort, Franz, am 9. 8.
Bornhake, Günter, am 11. 8.
Rick, Gottfried, am 13. 8.
Nellissen, Leo, am 14. 8.
Deschu, Josef, am 14. 8.
Thomas, Franz, am 15. 8.

Louisa
Maria
Jörg
Christian
Erwin
Petra
Elke
Detlef
Marina
Regina
Hubert
Jürgen
Martina
Horst
Brigitte
Ernst
Gabriele
Michael
Peter
Franziscus
Katharina
Andreas
Ralf
Norbert
Silvia
Karl
Dagmar
Dieter
Leo
Dagmar

Tobben, Johannes, am 14. 8.
van der Velden, Michael, am 20. 8.
Paul, Heinz, am 25. 8.
Fermont, Hubert, am 24. 8.
Masuhr, Erich, am 27. 8.
Lauterbach, Kurt, am 27. 8.
Göckler, Franz Josef, am 26. 8.
Klenz, Ulrich, am 31. 8.
Köhn, Wilhelm, am 1. 9.
Hansen, Leonhard, am 2. 9.
Wiewiora, Werner, am 4. 9.
Gehrke, Horst, am 4. 9.
Schley, Egon, am 8. 9.
Köpp, Heinz, am 14. 9.
Schomberg, Erwin, am 14. 9.
Pürschel, Ernst, am 18. 9.
Bogal, Josef, am 22. 9.
Vetter, Günter, am 22. 9.
Odroslly, Johann, am 24. 9.
Habets, Hubert, am 25. 9.
Wille, Adolf, am 22. 9.
Deckers, Martin, am 28. 9.
Hermanns, Willi, am 28. 9.
Hell, Werner, am 29. 9.
Schulz, Ludwig, am 29. 9.
Pinkalle, Paul, am 30. 9.
Buschen, Anton, am 1. 10.
Klein, Bernhard, am 2. 10.
Hendrickx, Jakob, am 30. 9.
Clusen, Johannes, am 30. 9.

Doris Streckert, Hans, am 3. 10.
 Silvia Staudt, Johann, am 16. 9.
 Dieter Daum, Horst, am 5. 10.
 Detlef Schneider, Hans, am 4. 10.
 Jörg Vilcek, Eduard, am 4. 10.
 Christiana Walter, Erwin, am 6. 10.
 Maria Hahn, Heinz, am 6. 10.
 Karl Heinz Grau, Karl Heinz, am 8. 10.
 Jürgen Schmidt, Siegfried, am 7. 10.
 Bernhard Rieck, Adolf, am 10. 10.
 Liliane Grzelczak, Mieczyslaw
 Liane Budek, Wolfgang, am 11. 10.
 Gislinde Stracks, Willi, am 14. 10.
 Johanna Hennes, Wilhelm, am 11. 10.
 Frank Michael Fuge, Heinz, am 23. 8.
 Rita Breßer, Rolf, am 25. 8.
 Stephan Czerwinske, Werner, am 28. 8.
 Frank Scheffler, Siegfried, am 27. 9.
 Jörg Neidig, Walter, am 1. 10.
 Henricus Golsteyn, Wilhelmus, am 1. 8.
 Klaus Günter Dästner, Siegfried, am 29. 7.
 Bernd Ziessow, Rudi, am 2. 8.
 Uwe Lieb, Joachim, am 2. 8.
 Frank Niesten, Hans, am 4. 8.
 Melitta Pietzsch, Heinz, am 5. 8.
 Hubert Andert, Ludwig, am 4. 8.
 Udo Fandrisch, Gerhard, am 9. 8.
 Barbara Ziemann, Horst, am 12. 8.
 Anna Lousberg, Jacobus, am 16. 8.
 Ursula Flecken, Hans, am 17. 8.
 Barbara Symanski, Harald, am 21. 8.

Bärbel Vengels, Heinz, am 20. 8.
 Detlef Kleier, Hubert, am 21. 8.
 Gisela Wondrak, Rudolf, am 21. 8.
 Anna Heinen, Karl, am 23. 8.
 Peter Richter, Peter, am 25. 8.
 Mario Lange, Peter, am 21. 8.
 Michaelo Plewka, Friedrich, am 27. 8.
 Angelika }
 Ursula } Mucha, Reinhold, am 30. 8.
 Werner Ostrowski, Wilfried, am 31. 8.
 Beate Pettersson, Wilfried, am 18. 8.
 Herbert Otto, Werner, am 1. 9.
 Elke Präkelt, Willy, am 1. 9.
 Elisabeth Lüttgens, Heinrich, am 5. 9.
 Heike Gläsner, Rudolf, am 8. 9.
 Sigrid Hensel, Hans, am 8. 9.
 Gerhard Schöfböck, Franz, am 10. 9.
 Erwin Faber, Heinrich, am 9. 9.
 Annemarie Rozmann, Adolf, am 11. 9.
 Sigrid Springer, Hans, am 11. 9.
 Rudolf Berens, Paul, am 13. 9.
 Christel Wilms, Franz, am 16. 9.
 Eva Maria Kloska, Franz, am 16. 9.
 Bernd Kislal, Fritz, am 19. 9.
 Beate Mahrle, Horst, am 24. 9.
 Karl Heinz Gruner, Dieter, am 26. 9.
 Birgit Matzulla, Herbert, am 26. 9.
 Petra Heling, Hubert, am 28. 9.
 Fred Walter, Günter, am 29. 9.
 Udo Böhme, Günter, am 1. 10.
 Dieter Schönberg, Karl-Heinz, am 2. 10.



Sterbefälle

Berginvalide Johann Penners, am 8. 8.
 Berginvalide Johann Jüllicher, am 4. 9.
 Berginvalide Paul Ross, am 7. 9.
 Berginvalide Martin Barth, am 21. 9.
 Sohn Norbert von Leipe, Erwin, am 3. 8.
 Tochter Gabriele von Küppers, Adolf, am 15. 8.
 Tochter Marita von Lambert, Hermann, am 25. 9.
 Ehefrau Meta von Theilemann, Werner, am 23. 9.
 Ehefrau Gertrud von Nieryschlo, Konrad, am 27. 9.
 Ehefrau Josefine von Bürger, Gottfried, am 9. 10.
 Berginvalide Ernst Bugdalle, am 29. 10.
 Berginvalide Michael Pinkos, am 31. 10.

NACHRUF

Wir trauern um die Arbeitskameraden
Herrn Wilhelm Badzurek,
 am 22. August 1960 verstorben.

Herrn Mathias Keller,
 am 26. August 1960 verstorben.

Herrn Horst Seidenberg,
 am 3. Oktober 1960 verstorben.

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken be-
 wahren.

Gewerkschaft Sophia-Jacoba

Aus dem Inhalt

	Seite		Seite
Titelbild: Der Frillensee bei Inzell, auf dem seit Jahren die Deutschen Eiskunstlauf-Meisterschaften ausgetragen werden	1	Kriegsbeschädigte, herhören!	11
Aus dem Betriebsgeschehen	2	Warum Aktion „Wir helfen?“	11
Die Vorarbeiten zum Abteufen des Schachtes VI	3	Die Kohlenheizung läßt sich nicht vom Öl verdrängen	12
Lebhafter Verlauf der Belegschaftsversammlung	5	Dafür möchten wir uns herzlich bedanken	14
Lohnerhöhungen auch im Aachener Steinkohlenbergbau	6	Mit den Augen eines Wanderers	17
Wechsel im Aufsichtsrat	7	Wißt ihr schon, Kameraden?	18
Der Steinkohlentag 1960	8	Frohe Tage der Hilfarther Siedler	19
Sowjetrussische Bergingenieure besuchten Sophia-Jacoba	8	Blick über den Gartenzaun	20
Hier spricht die Sicherheitsabteilung	9	Das Eigenheim in der sozialen Sicht	21
Was soll unser Junge werden?	10	Berglehrlinge des BLW besuchten das Kongo-Museum	25
Fußballturnier in Alsdorf-Ofden	10	Knappenprüfung auf S. J.	25
		Urlaubsfahrten 1961	26
		Familiennachrichten	26
		Schlußbild: Die Weißbachschlucht bei Inzell	28

Aufnahmen: Römer (15) einschl. Titel- und Schlußbild, Schmidt-BLW (2), A. (2), Lippek (1), Abels, H. (1), Hensen, H. (5), Ruhrkohlen-Beratung (1), Archiv (2), VV-Flintsbach (2). Zeichnungen: Markscheiderei (3), Archiv (1), Bossems (1), Ruhrkohlen-Beratung (1).

Herausgegeben von der Gewerkschaft Sophia-Jacoba, Steinkohlenbergwerk in Hückelhoven, Bezirk Aachen. Schriftleiter: August J. Schmidt. Druck: Droste Verlag und Druckerei GmbH, Düsseldorf. Sämtliche Zuschriften sind an die Abteilung Werkszeitung zu richten. Nachdruck von Text und Bild nur mit Genehmigung des Herausgebers gestattet.

